

# zentralasien- analysen



[www.laender-analysen.de/zentralasien](http://www.laender-analysen.de/zentralasien)

## DAS USBEKISCHE BILDUNGSWESEN ZENTRALASIEN IN POLITISCHEN LÄNDERRATINGS

■ ANALYSE	
Kommerzialisierung im Bildungswesen der Republik Usbekistan? Zwischen bildungspolitischem Anspruch und gesellschaftlicher Realität Von Christine Teichmann, Berlin	2
■ GRAFIKEN ZUM TEXT	
Zahlen zum usbekischen Bildungswesen	6
Vergleichende Statistiken zum Bildungswesen der zentralasiatischen Staaten und anderer Staaten in der Region	8
■ DOKUMENTATION	
Die zentralasiatischen Staaten in politischen Länderratings	10
■ CHRONIK	
Vom 20. März bis 25. April 2008	33

*Die Herausgeber danken dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft für die Finanzierung der Zentralasien-Analysen und der GTZ für eine großzügige Unterstützung.*



**Analyse**

## Kommerzialisierung im Bildungswesen der Republik Usbekistan? Zwischen bildungspolitischem Anspruch und gesellschaftlicher Realität

Von Christine Teichmann, Berlin

### Zusammenfassung

Die staatliche Alimentierung der nationalen Bildungseinrichtungen hat in Usbekistan nach der Erlangung der Unabhängigkeit stets politische Priorität genossen. Gleichwohl wird in der Bildungspolitik seit einigen Jahren formal die Etablierung nichtstaatlicher, wirtschaftlich unabhängiger Bildungseinrichtungen unterstützt, indem entsprechende gesetzliche Voraussetzungen geschaffen wurden. Bislang gibt es allerdings nur sehr wenige nichtstaatliche Bildungseinrichtungen, die sich fast ausschließlich auf den Vorschulbereich konzentrieren. Eine partielle Kommerzialisierung hat zudem im Hochschulbereich stattgefunden, da die meisten staatlichen Hochschulen seit geraumer Zeit neben staatlich finanzierten auch gebührenpflichtige Studienplätze anbieten.

### Politische Rahmenbedingungen für die Kommerzialisierung im Bildungswesen

Bildung war in Usbekistan, wie in allen Republiken der ehemaligen Sowjetunion, bis zur Erlangung der Unabhängigkeit im Jahr 1991 ein staatliches Monopol, d.h. das Bildungssystem unterstand ausnahmslos der staatlichen Kontrolle und Steuerung. Mit der Etablierung neuer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Strukturen wurden nach 1991 auch radikale Reformen im Bildungswesen notwendig. Nicht nur Inhalte und Strukturen, sondern auch die Steuerungs- und Finanzierungsmechanismen im Bildungswesen mussten den neuen Bedingungen angepasst werden. In diesem Kontext setzte Ende der 1990er Jahre eine verhaltene Tendenz zur Kommerzialisierung im Bildungsbereich der Republik Usbekistan ein.

Die Hauptrichtungen der Bildungsreformen des Landes bis zum Jahr 2009 sind in dem im Jahr 1997 von Präsident Islam Karimow unterzeichneten »Nationalen Programm zur Ausbildung von Fachkräften« festgeschrieben. Dort heißt es u.a., dass es notwendig sei, »die Mechanismen zur Einwerbung von außerbudgetären Mitteln zu Bildungszwecken [...] weiterzuentwickeln, Voraussetzungen für einen Wettbewerb auf dem Gebiet der Bildungsdienstleistungen zu schaffen und neben den staatlichen die Entwicklung nichtstaatlicher Bildungseinrichtungen zu fördern«.

Gemäß dem derzeit geltenden Bildungsgesetz (1997) hat der Staat die Verpflichtung, seinen Bürgern den allgemeinen Zugang zu Bildung zu gewährleisten, und zwar explizit unabhängig davon, ob an staatlichen oder nichtstaatlichen Einrichtungen.

Im März 2004 wurde von der Regierung zudem ein Beschluss zur »Lizenzierung der Tätigkeit von nichtstaatlichen Bildungseinrichtungen« verabschie-

det. Darin werden die Anforderungen und Bedingungen festgelegt, die eine private Einrichtung vor Aufnahme ihrer Unterrichtstätigkeit erfüllen muss. Für die Vergabe einer Lizenz gelten strenge staatliche Vorgaben hinsichtlich der materiellen und personellen Ausstattung; die Ausbildung hat zudem gemäß den staatlichen Bildungsstandards zu erfolgen. Der Staat führt in regelmäßigen Abständen Qualitätskontrollen durch. Sie sollen die Ausbildungsqualität garantieren und die Anerkennung der dort erworbenen Abschlüsse sichern. Die Lizenz wird bei erfolgreicher Bewerbung für die Dauer von fünf Jahren vergeben, kann aber bei Verletzung der Lizenzierungsanforderungen auch wieder entzogen werden.

Zur Umsetzung der legislativen Voraussetzungen wurde vor einigen Jahren eine Behörde eingerichtet, der eine Schlüsselfunktion für die Entwicklung privater Bildungseinrichtungen zugewiesen wurde: das »Staatliche Testzentrum« (Gosudarstvennyj centr testirovanija). Ursprünglich kurz nach der Unabhängigkeit durch den Präsidenten ins Leben gerufen, um der zunehmenden Willkür und Intransparenz bei den Hochschulaufnahmeprüfungen Einhalt zu gebieten, ist das Testzentrum seit Ende der 1990er Jahre die zentrale Stelle für die Legalisierung und Lizenzierung der Tätigkeit privater Bildungseinrichtungen. Es ist allein dem Ministerkabinett unterstellt und versteht sich selbst als unabhängige Consulting-Agentur, die private Anbieter von Bildungsleistungen während des Gründungsprozesses und der Prozedur der Lizenzierung berät und begleitet und über die Einhaltung der geforderten Qualitätskriterien der angebotenen Leistungen wacht.

Seitens der Bildungspolitik wurden somit die wesentlichen Voraussetzungen für die Gründung und Tätigkeit nichtstaatlicher Bildungseinrichtungen geschaffen.

Aber die Realität ist eine andere, denn trotz der Absichtserklärungen von bildungspolitischen Entscheidungsträgern und der existierenden rechtlichen Rahmenbedingungen gibt es in Usbekistan fast keine privaten Schulen, sie führen eine marginale Existenz und spielen kaum eine Rolle im nationalen Bildungswesen.

### **Ursachenforschung: Eine Antwort aus bildungspolitischer Perspektive**

Derzeit dominieren zwei Argumentationslinien die offiziellen Diskussionen um die Einführung bzw. Notwendigkeit (besser gesagt: Nicht-Notwendigkeit) nichtstaatlicher Bildungseinrichtungen. Zum einen wird darauf verwiesen, dass das staatliche Bildungswesen sehr gut entwickelt sei, es allen Bürgern (unentgeltlich) offen stehe, eine gute Ausbildungsqualität biete und die derzeitige Nachfrage nach Bildungsleistungen vollauf befriedige. Aus dieser Perspektive gesehen benötigt das Land keine zusätzlichen privaten Bildungseinrichtungen. Zum anderen wird die Meinung vertreten, dass private Bildungseinrichtungen elitär seien, – da die Selektion über die Zahlungsfähigkeit der Klienten erfolge – und von daher nicht mit dem Konzept der staatlichen Politik vereinbar seien: Bildung müsse für alle zugänglich sein. Bildung und Kommerz würden nicht zusammengehören. Eine Unterscheidung in kommerzielle und nicht-kommerzielle Bildungseinrichtungen nach internationalen Modellen wird in diesem Zusammenhang (bislang) kaum vorgenommen, sie hat lediglich in den Vorschulbereich Eingang gefunden. Dort wird das Prinzip »non for profit« bei privaten Anbietern staatlicherseits gefordert und gefördert. Auch von der Bevölkerung werden private Einrichtungen vielfach mit der Begründung abgelehnt, dass aufgrund der hohen Gebühren nur wenigen, die über entsprechende finanzielle Mittel verfügen, der Zugang möglich sei.

### **Vorschulerziehung in Usbekistan als Gegenstand einer „Politik der Entstaatlichung“ im Bildungswesen**

Vorschuleinrichtungen wurden zu Zeiten der Sowjetunion wie alle anderen Bildungseinrichtungen komplett vom Staat unterhalten. Ihr Besuch war (und ist) in Usbekistan nicht obligatorisch. Gleichwohl war der Prozentsatz der Kinder, die in der Sowjetzeit eine Kinderkrippe (für Kleinkinder) oder einen Kindergarten (bis zum Schuleintritt) besucht haben, sehr hoch, da meist beide Elternteile (und die Großeltern) voll berufstätig waren. Die Ausstattung dieser Einrichtungen war sowohl materiell als auch personell sehr gut, so dass sie im Durchschnitt eine Erziehung und Betreuung auf hohem Niveau anbieten konnten. Diese Situation hat sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion grundlegend gewandelt.

In den offiziellen Statistiken des Ministeriums für Volksbildung aus dem Jahr 2006 werden 6.420 Vorschuleinrichtungen (Kindergärten) ausgewiesen. Davon sind 72 nichtstaatliche Einrichtungen, die insgesamt 3.486 Kinder (= 0,3 Prozent aller Kinder zwischen 1–7 Jahren) betreuen. Ihre Kapazität ist nach offiziellen Angaben mit 5.499 Plätzen aber weitaus höher. Die Verteilung der privaten Kindergärten ist regional sehr unterschiedlich – im Wesentlichen konzentrieren sie sich auf die großen Städte, aber auch in einzelnen ländlichen Regionen wurden in den letzten Jahren private Kindergärten eröffnet. Die Kosten für den Besuch eines privaten Kindergartens belaufen sich pro Monat auf ca. 60.000–70.000 Sum (ca. 60–70 US-Dollar) in ländlichen Regionen bzw. 100.000–160.000 Sum in den großen Städten. (Der Mindestlohn lag im Jahr 2006 bei 12.240 Sum im Monat.) Das Angebot der privaten Kindergärten unterscheidet sich deutlich von dem der staatlichen Vorschuleinrichtungen. Derzeit werden in einer staatlichen Einrichtung ca. 40–45 Kinder pro Gruppe betreut, die Gruppengröße in privaten Kindergärten ist wesentlich kleiner und ermöglicht eine intensivere und individuellere Betreuung. Zudem bieten private Einrichtungen zusätzliche Leistungen an, die man in den staatlichen Einrichtungen nicht findet: z.B. verlängerte Öffnungszeiten, regelmäßige ärztliche Untersuchungen, Sprachunterricht, musikalische Ausbildung.

Die Entstehung bzw. Gründung nichtstaatlicher Vorschuleinrichtungen in unterschiedlicher Trägerschaft (z.B. als GmbH, private Firma oder Gemeinschaftsunternehmen) ist seit den 1990er Jahren gesetzlich abgesichert und wird seit geraumer Zeit von weiteren staatlichen Maßnahmen flankiert, die ihre Entwicklung begünstigen sollen. Dazu gehört u.a. ein Regierungsbeschluss, in dem der Erwerb von Gebäuden zur Eröffnung eines privaten Kindergartens zum Nulltarif möglich ist, wenn der Betreiber bzw. Träger sich zu bestimmten Investitionen verpflichtet. Private Kindergärten sind in den ersten Jahren auch von Steuerzahlungen befreit.

Die Entstaatlichung im Vorschulbereich erfolgt vor allem aus finanziellen Gründen. Staatliche Gelder fließen in die laut Verfassung obligatorischen und für die Bürger kostenfreien Bildungsangebote. In der nicht obligatorischen Vorschulerziehung sieht sich der Staat seinen Bürgern gegenüber weniger in der Pflicht, entsprechend leiden die staatlichen Vorschuleinrichtungen seit der Unabhängigkeit unter einer drastischen Unterfinanzierung und erheblichen Qualitätseinbußen. Folge ist, dass heute eine sehr große Zahl von Kindern bei der Einschulung nicht über die für einen erfolgreichen Schulbesuch erforderlichen Kompetenzen verfügt. Dieses Defizit soll durch private Initiative ausgeglichen werden.

Dass heute ein im Vergleich zur Sowjetzeit nur sehr geringer Prozentsatz der Kinder der entsprechenden Altersgruppe eine Vorschuleinrichtung besucht (nach Angaben des Ministeriums für Volksbildung wurden 2007 in den staatlichen Kindergärten lediglich 31 Prozent der Kinder der Altersgruppe 1–6 Jahre erfasst), ist vor allem auf die zu entrichtenden Gebühren für die Betreuung sowohl in privaten als auch staatlichen Einrichtungen zurückzuführen. Gemessen am Durchschnittseinkommen richten sich die Angebote privater Einrichtungen an eine derzeit noch relativ kleine Schicht der Bevölkerung.

### **Kommerzialisierung in der akademischen Ausbildung – ohne Privathochschulen**

Derzeit gibt es in der Republik Usbekistan im Gegensatz zu den meisten anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion keine privaten oder nichtstaatlichen Hochschulen. Nach Einschätzung der Bildungsverwaltung ist auch kein Bedarf vorhanden. Das Angebot an Studienplätzen an den staatlichen Einrichtungen sei ausreichend und würde zudem ständig zielgerichtet in den Fächern erhöht, für die in der Wirtschaft Bedarf besteht.

Diese Einschätzung kann hinsichtlich der *Quantität* der Studienangebote insofern als annähernd realistisch gelten, als in der Bildungspolitik die Prognose des volkswirtschaftlichen Bedarfs an Hochschulabsolventen (wie früher in der Sowjetunion) eine zunehmend wichtige Rolle spielt. Zudem wurde die Zahl der Studienplätze in den letzten Jahren durch die Einführung gebührenpflichtiger Angebote an den staatlichen Hochschulen permanent erhöht. Hinsichtlich der *Qualität* der Studienangebote ist die Situation aber ganz anders zu bewerten: Es gibt bei weitem nicht genügend Studiengänge, deren Qualität internationalen Standards genügt. Allein die Tatsache, dass viele junge Leute unter großen Schwierigkeiten und Entbehrungen versuchen, ihr Studium ganz oder zum Teil im Ausland zu absolvieren, deutet auf die prekäre Situation in der Hochschulbildung des Landes hin. Gleichwohl wird von usbekischen Bildungspolitikern die Qualität der staatlichen akademischen Ausbildung als hoch bewertet und die Qualität privater Bildungseinrichtungen à priori als so minderwertig eingestuft, dass ihre Einführung das Niveau der nationalen Hochschulbildung insgesamt mindern würde.

Die aktuelle Entwicklung in der Hochschulbildung Usbekistans weicht von der in den anderen Ländern der Region bzw. der GUS ab, denn dort hat sich im Zuge radikaler Bildungsreformen neben staatlichen auch eine bedeutende Zahl privater Einrichtungen etabliert. In vielen Ländern haben sie, wenn ihr Bildungsangebot seriös und qualitativ hochwertig ist und ihre Abschlüsse staatlich anerkannt werden, gesellschaftli-

che Anerkennung erfahren. In diesen Ländern fließen private Gelder allerdings nicht nur in die nichtstaatlichen, sondern auch in die staatlichen Hochschulen. Seit geraumer Zeit werden dort neben den staatlich finanzierten auch gebührenpflichtige Studienplätze angeboten. Ihre Einrichtung ist Folge der drastischen Unterfinanzierung der Hochschulen, die in den 1990er Jahren für die meisten Einrichtungen bei stark steigenden Studierendenzahlen existenzbedrohend wurde. Dieser Entwicklung konnte sich auch die Republik Usbekistan nicht völlig entziehen: Die Nachfrage nach Studienplätzen erhöhte sich ständig. Der Staat war allerdings nicht in der Lage, die damit verbundenen Kosten zu tragen, da die wirtschaftliche Entwicklung mit diesem Tempo nicht Schritt hielt. 2007 waren an den 65 Hochschulen des Landes ca. 300.000 Studenten eingeschrieben. 60–65 Prozent der Studenten an staatlichen Hochschulen haben heute einen kostenpflichtigen Studienplatz und lediglich 40 Prozent werden voll aus staatlichen Mitteln finanziert. Wenngleich sich die Gesamtzahl der Studienplätze kontinuierlich erhöht hat, gehört es zu den bildungspolitischen Prinzipien, dass das Verhältnis 40:60 gewahrt wird. Eine Erhöhung der Quote für zahlende Studierende wird derzeit von bildungspolitischer Seite ausgeschlossen.

Die Aufnahme an eine staatliche Universität als »zahlender Student« erfolgt nach den gleichen Kriterien wie bei den staatlich finanzierten Studenten: Alle Studierwilligen müssen nach dem Abitur eine Aufnahmeprüfung an einer Hochschule ablegen. Die Hochschule entscheidet jedoch nicht selbst über ihre Aufnahme, sondern das Testzentrum spricht aufgrund der Prüfungsergebnisse eine Empfehlung aus. Eine Mindestpunktzahl berechtigt zum kostenfreien Studium, wer sie nicht erreicht, kann ein Angebot für ein gebührenpflichtiges Studium erhalten. Um zu verhindern, dass nicht geeignete Studienbewerber als zahlende Studenten aufgenommen werden, dürfen die Hochschulen keine Bewerber aufnehmen, die weniger als 30 Prozent der geforderten Punktzahl erreicht haben.

Derzeit müssen von den zahlenden Studierenden bei einem Durchschnittseinkommen von offiziell ca. 180–200 US-Dollar im Monat Gebühren in Höhe von ca. 500–600 US-Dollar pro Studienjahr entrichtet werden. Diese Summe wurde vom Staat festgeschrieben und soll vorläufig nicht erhöht werden. Dabei ist zu bedenken, dass der Student ca. 70 Prozent seiner Gebühren in Form eines Stipendiums zurückbekommt! Die Höhe dieses Stipendiums orientiert sich an den allgemeinen staatlichen Stipendien in Höhe von ca. 420.000 Sum (ca. 420 US-Dollar) pro Studienjahr. Sie wurden in den letzten Jahren – wenn auch moderat – immer wieder den gestiegenen Lebenshaltungskosten angeglichen. Von daher können die Gebühren im Rahmen der loka-



len Bedingungen durchaus als sozialverträglich gelten. Angezweifelt werden muss dagegen, dass diese Regelung für die Hochschulen einen deutlichen finanziellen Zugewinn bringt, denn die der Einrichtung verbleibenden 30 Prozent der Gebühren dürften kaum ausreichen, um den ständig wachsenden Finanzbedarf zu befriedigen und die unzureichenden zugewiesenen Haushaltsmittel auszugleichen.

### **Gemeinschaftshochschulen – ein neues Modell in Usbekistan**

In den letzten Jahren hat sich in Usbekistan neben den (rein) staatlichen Einrichtungen eine neue Hochschulart etabliert: Korporative Einrichtungen bzw. Gemeinschaftseinrichtungen, die zum Teil vom Staat und zum Teil von ausländischen Partnern bzw. Hochschulen unterhalten werden. Der Staat erlässt solchen Hochschulen in den Anfangsjahren die üblichen Steuerzahlungen. Die Einrichtung dieser sogenannten »Gemeinschaftshochschulen« wird von Bildungspolitikern damit begründet, dass sie verhindern sollen, dass Studierende (in großer Zahl) zum Studium ins Ausland gehen (müssen). Noch gibt es vergleichsweise wenige Gemeinschaftsunternehmen. Ein Beispiel ist die »Westminster University Tashkent«, die von der Stiftung des Präsidenten »UMID«, dem Ministerium für Hoch- und Fachschulbildung und der University of Westminster (London) gegründet wurde und von diesen finanziell maßgeblich unterstützt wird. Auch dort erhalten 40 Prozent der Studierenden eine Finanzierung des Studiums aus dem Staatshaushalt (aus der Stiftung des Präsidenten), 60 Prozent sind Selbstzahler, wobei die Kosten deutlich höher sind als in den gebührenpflichtigen Studiengängen der staatlichen Einrichtungen. Absolventen, für deren Studium der Staat aufgekommen ist, sind nach Abschluss des Studiums verpflichtet, fünf Jahre auf einer ihnen vom Staat zugewiesenen Stelle zu arbeiten. Anderenfalls müssen sie die Kosten des Studiums an den Staat zurückzahlen (so wie auch bei Studienabbruch). Die Kosten belaufen sich zurzeit auf 4.800 US-Dollar pro Studienjahr in einem BA-Studiengang. Auch die fachlichen Anforderungen für eine Aufnahme an dieser Universität sind sehr hoch. Ungeachtet dessen gibt es jährlich eine große Zahl von Bewerbungen – auch von Abiturienten, die (bzw. deren Familien) bereit sind, die hohen Kosten selbst zu tragen.

#### *Anmerkung der Redaktion:*

Wenn nicht anders angegeben, beziehen sich alle Zahlenangaben auf die Jahre 2006/2007.

#### *Über die Autorin:*

Dr. Christine Teichmann arbeitet seit den 1990er Jahren in der Wissenschafts- und Bildungssoziologie. Gegenstand ihrer Forschungen ist die Transformation der Hochschulsysteme in den postkommunistischen Staaten Osteuropas und Zentralasiens. 2007 erstellte sie als internationale Expertin im Auftrag der usbekischen Regierung eine Expertise zur Bildungsentwicklung in Usbekistan.

Wie in allen anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion hat auch in Usbekistan das Interesse an einer Hochschulbildung seit der Unabhängigkeit stark zugenommen. Unter den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen erhofft man sich von einer akademischen Ausbildung vor allem eine finanziell gesicherte Zukunft. Es geht also weniger darum, sich durch ein Studium Wissen und Fähigkeiten anzueignen, als vielmehr einen sozialen Status zu erwerben.

Die Existenz von Gemeinschaftshochschulen kann im positiven Sinne einen in Usbekistan bislang fehlenden Wettbewerb auf dem Bildungsmarkt initiieren, der insbesondere die staatlichen Hochschulen zwingen könnte, die Qualität ihrer Ausbildung zu verbessern, um auf diesem Markt bestehen zu können.

### **Resümee**

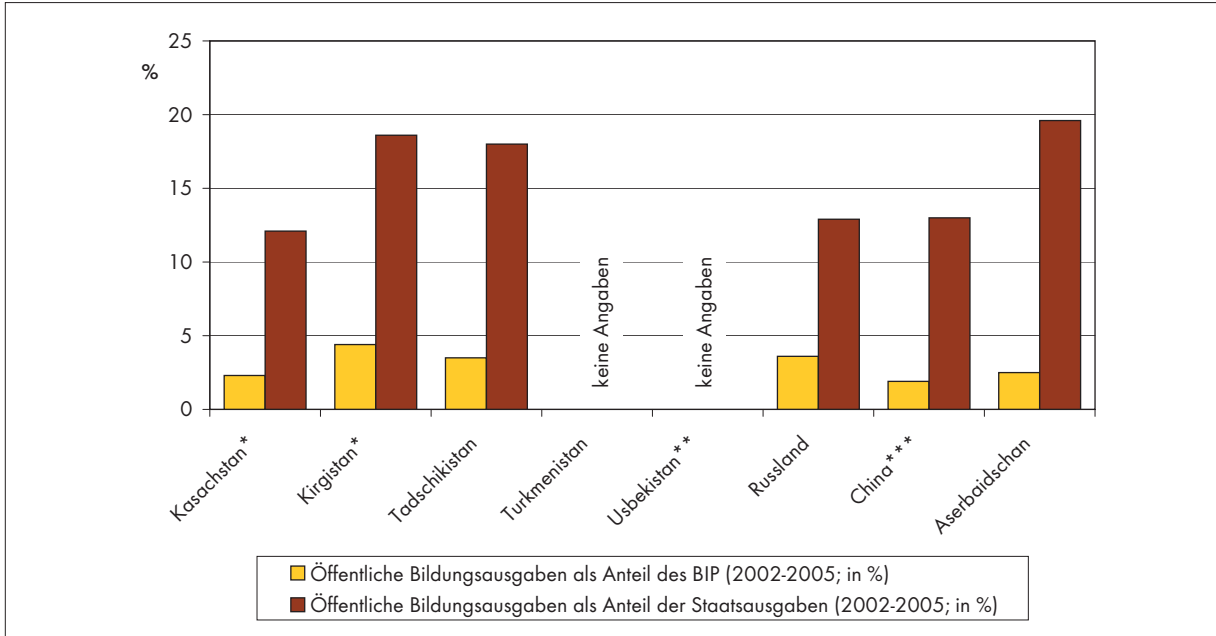
Heute sind formal sowohl wirtschaftlich selbstverantwortliche private wie staatsfinanzierte Bildungseinrichtungen mit den bildungspolitischen Zielen des usbekischen Staates vereinbar, in der gesellschaftlichen Realität spielen private Anbieter aber fast keine Rolle, da ihnen mehr oder weniger offen die Existenzberechtigung und -notwendigkeit in einem – nach offiziellen Darstellungen – (hoch)entwickelten nationalen Bildungswesen abgesprochen wird. Zweifelsohne ist seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit des Landes viel für die Bildung getan worden. Es muss aber auch festgestellt werden, dass das hohe Bildungsniveau der Sowjetzeit durch den wirtschaftlichen Niedergang in den 1990er Jahren und die dadurch verursachte unzureichende Alimentierung des staatlichen Bildungsektors deutlich zurückgegangen ist. Die Bürger des Landes bemängeln seit längerer Zeit die Ausbildungsqualität an staatlichen Schulen und suchen nach Alternativen, um ihren Kindern eine moderne Ausbildung zu ermöglichen.

Die ständig steigenden Bildungskosten in der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts werden den usbekischen Staat in nicht allzu ferner Zeit zwingen, seine bildungspolitischen Strategien zu überdenken, denn eine »Ausfinanzierung« aller Bildungseinrichtungen allein durch den Staat ist unrealistisch. Vielmehr kommt es darauf an, neue Finanzierungsquellen zu erschließen und Bildungsangebote nichtstaatlicher Einrichtungen zu nutzen.

**Grafiken zum Text**

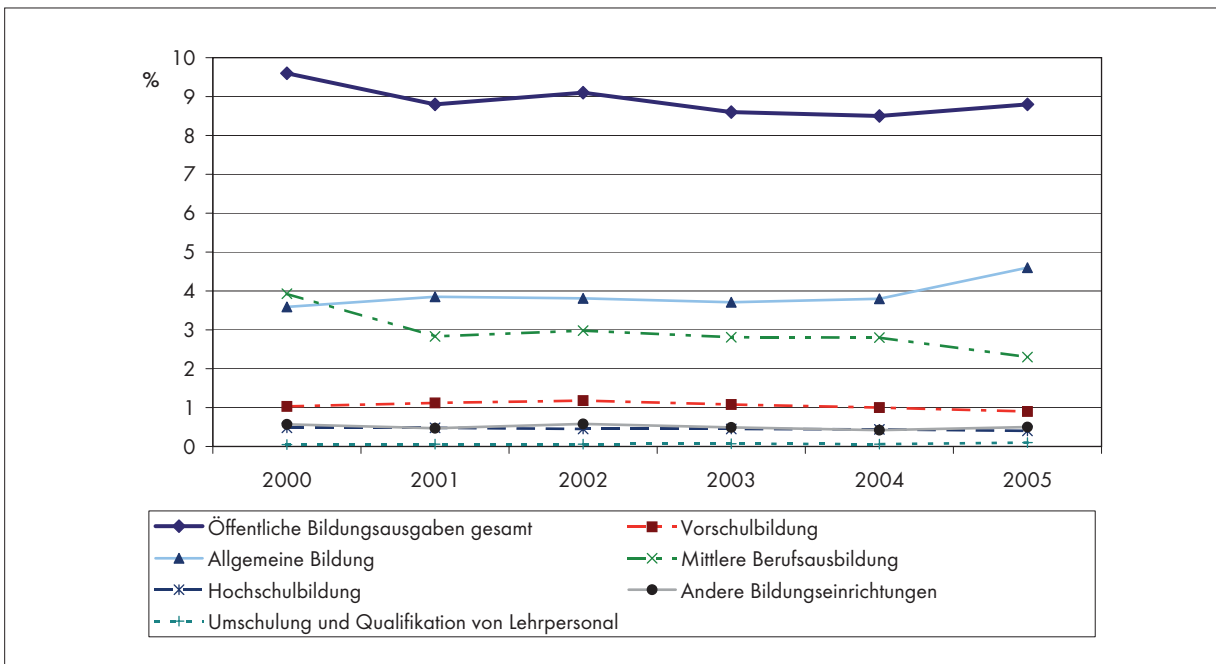
**Zahlen zum usbekischen Bildungswesen**

**Grafik 1: Die Bildungsausgaben der einzelnen zentralasiatischen Länder im Vergleich**



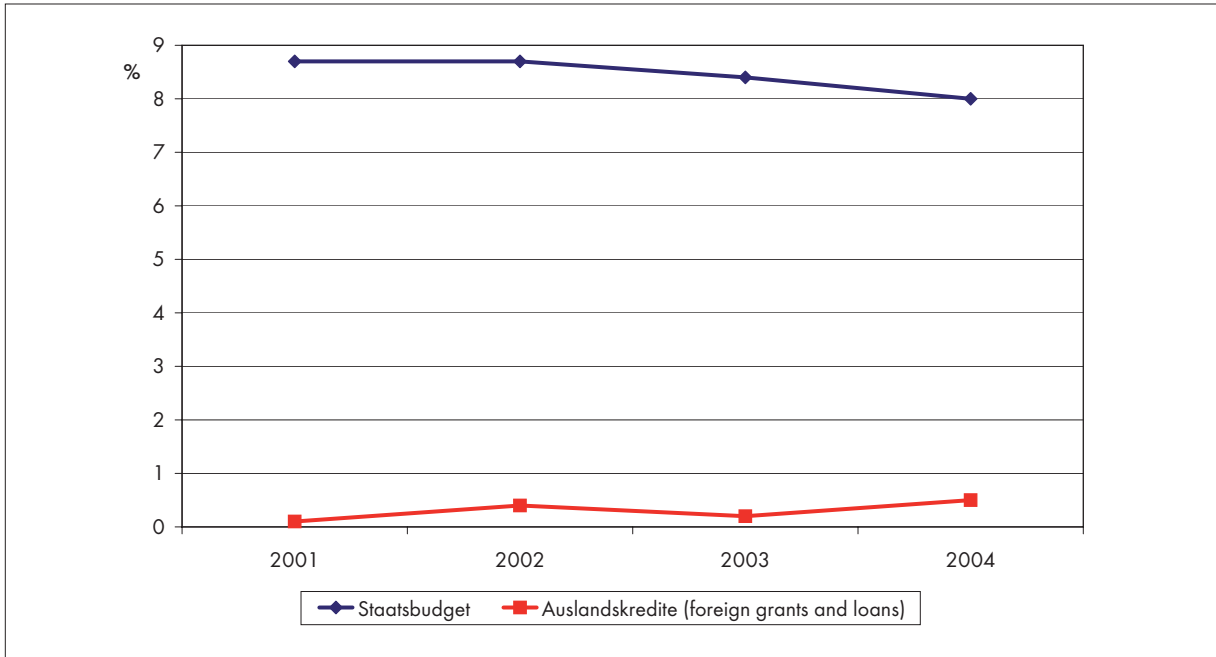
Anmerkungen: \* Öffentliche Bildungsausgaben als Anteil der Staatsausgaben: 1999–2001; \*\* Siehe Grafik 2 unten; \*\*\* 1999–2001  
 Quelle: UNDP Human Development Report 2007/08; [http://hdr.undp.org/en/media/hdr\\_20072008\\_en\\_complete.pdf](http://hdr.undp.org/en/media/hdr_20072008_en_complete.pdf)

**Grafik 2: Öffentliche Bildungsausgaben in Usbekistan nach Bildungsstufen als Anteil am BIP (in %)**



Quelle: Finanzministerium der Republik Usbekistan zit. nach UNDP National Human Development Report – Education in Uzbekistan: Matching Supply and Demand; [http://hdr.undp.org/en/reports/nationalreports/europethecis/uzbekistan/uzbekistan\\_2007\\_nhdr\\_en.pdf](http://hdr.undp.org/en/reports/nationalreports/europethecis/uzbekistan/uzbekistan_2007_nhdr_en.pdf)

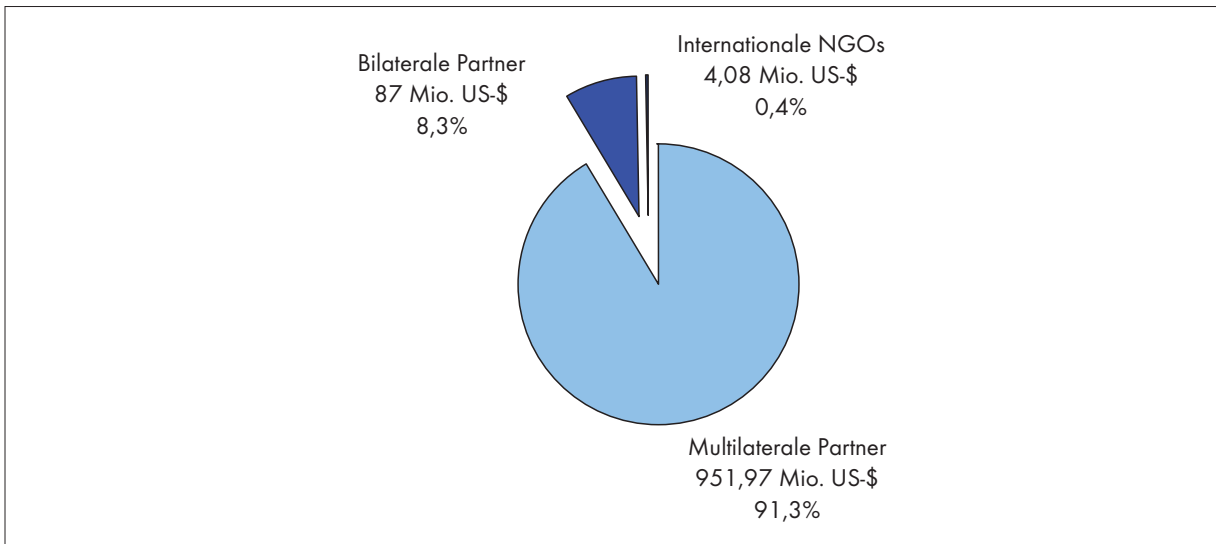
Grafik 3: Quellen der Bildungsausgaben Usbekistans als Anteil am BIP (in %)



Quelle: Finanzministerium der Republik Usbekistan zit. nach UNDP National Human Development Report – Education in Uzbekistan: Matching Supply and Demand;

[http://hdr.undp.org/en/reports/nationalreports/europethecis/uzbekistan/uzbekistan\\_2007\\_nhdr\\_en.pdf](http://hdr.undp.org/en/reports/nationalreports/europethecis/uzbekistan/uzbekistan_2007_nhdr_en.pdf)

Grafik 4: Unterstützung ausländischer Geldgeber im Bildungsbereich Usbekistans (2000–2007)

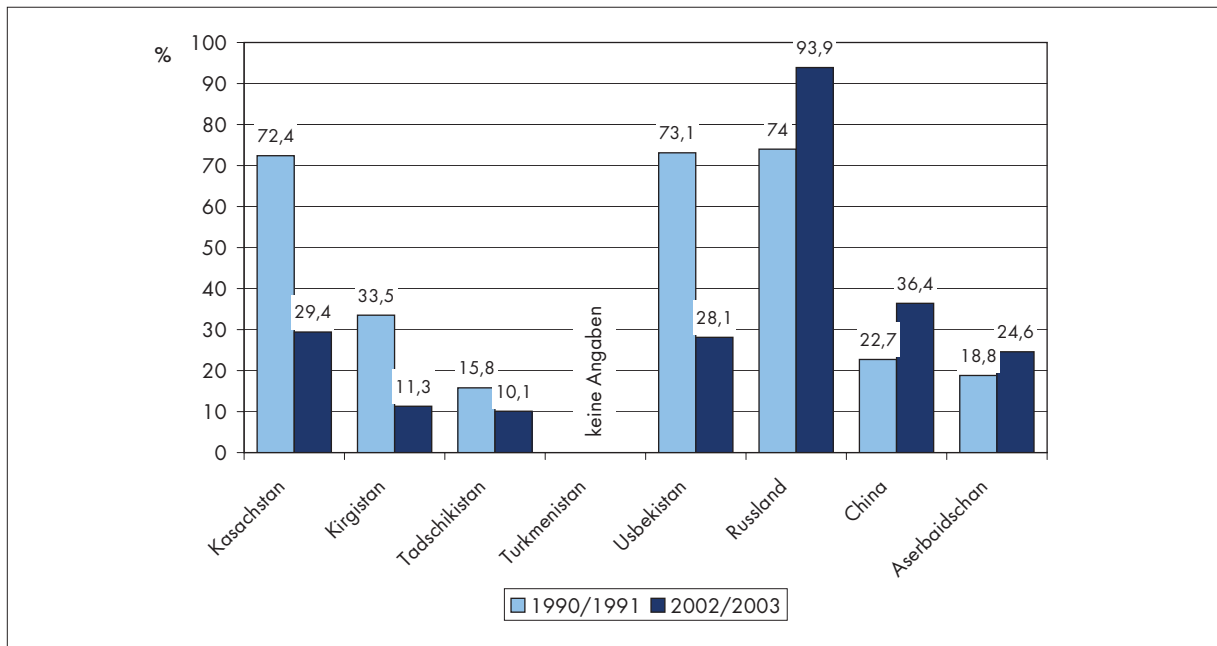


Quelle: UNDP National Human Development Report – Education in Uzbekistan: Matching Supply and Demand;

[http://hdr.undp.org/en/reports/nationalreports/europethecis/uzbekistan/uzbekistan\\_2007\\_nhdr\\_en.pdf](http://hdr.undp.org/en/reports/nationalreports/europethecis/uzbekistan/uzbekistan_2007_nhdr_en.pdf)

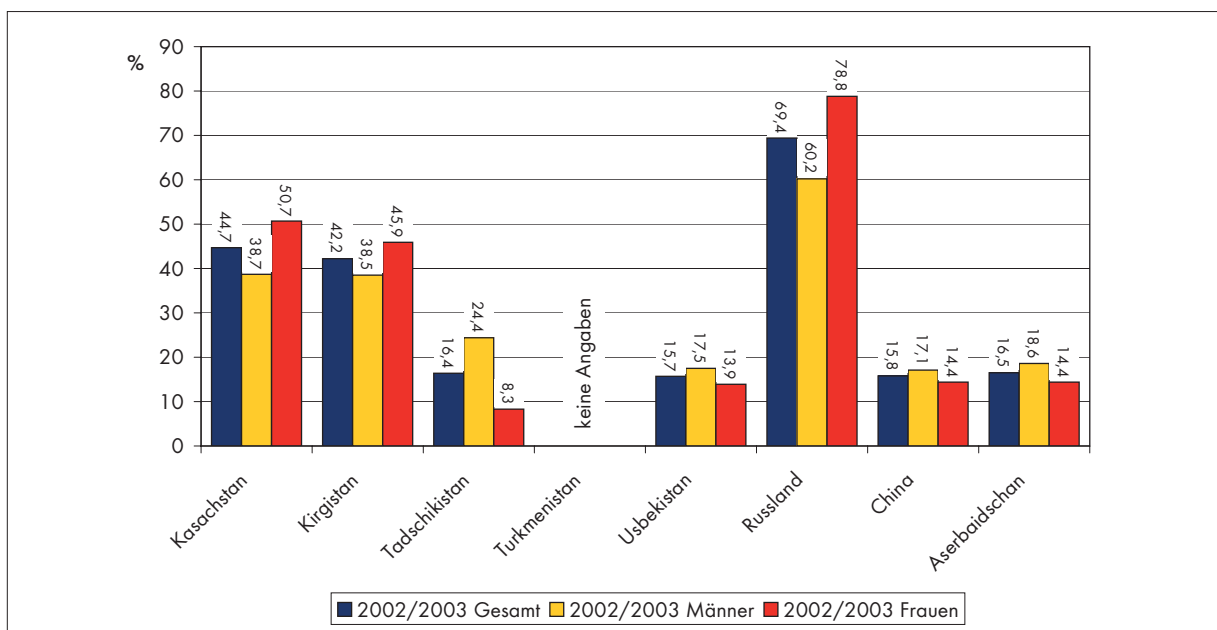
## Vergleichende Statistiken zum Bildungswesen der zentralasiatischen Staaten und anderer Staaten in der Region

Grafik 5: Brutto-Anteil von an Vorschuleinrichtungen registrierten Kindern der relevanten Altersklasse (in %)



Quelle: UNESCO Education for All Global Monitoring Report 2006; <http://unesdoc.unesco.org/images/0014/001416/141639e.pdf>

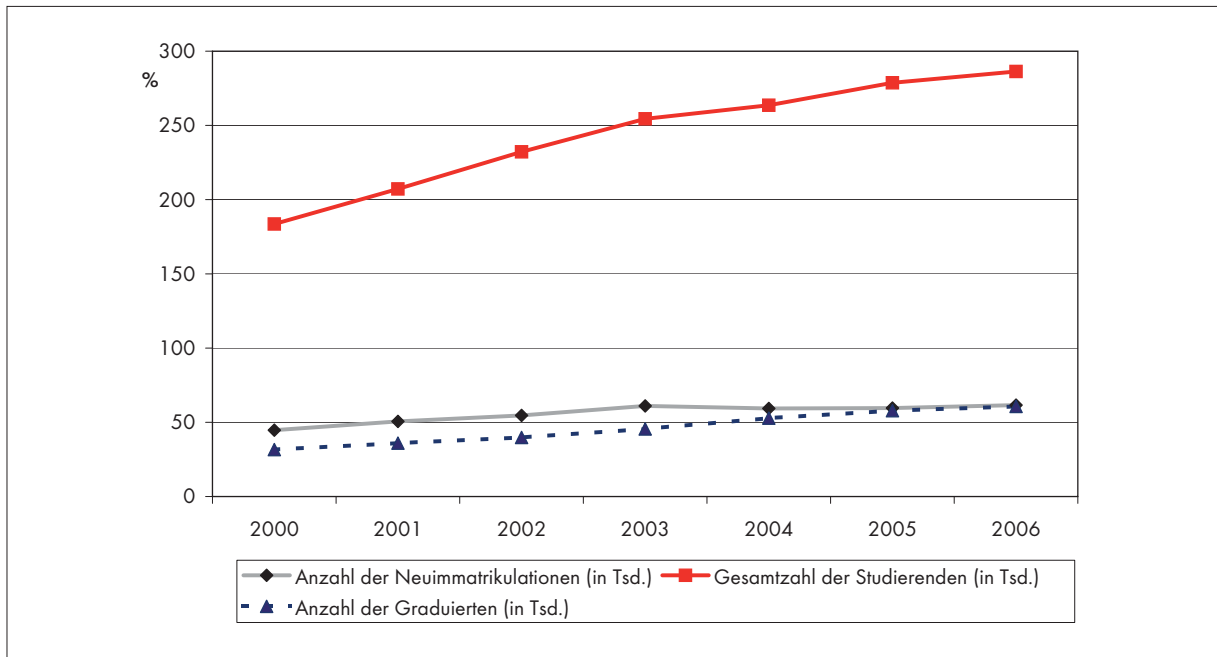
Grafik 6: Brutto-Anteil von an Hochschuleinrichtungen eingeschriebenen Studierenden an der relevanten Altersgruppe (in %)



Quelle: UNESCO Education for All Global Monitoring Report 2006; <http://unesdoc.unesco.org/images/0014/001416/141639e.pdf>

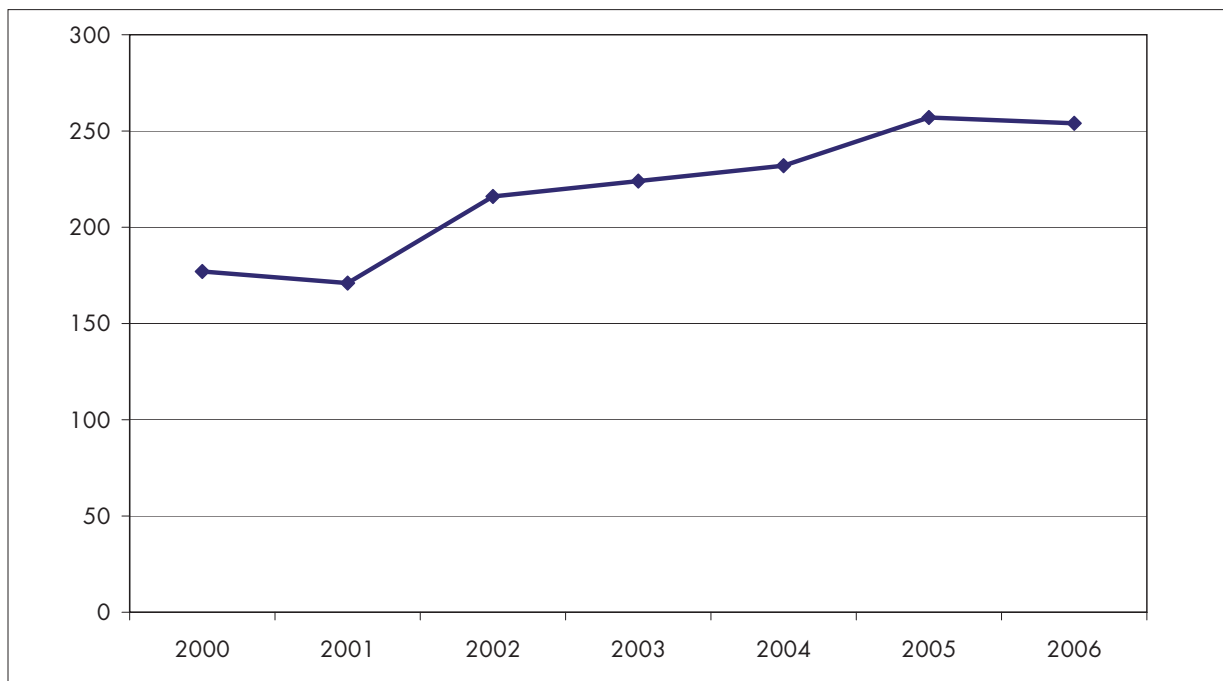


Grafik 7: Studierende an usbekischen Hochschuleinrichtungen



Quelle: UNDP National Human Development Report - Education in Uzbekistan: Matching Supply and Demand;  
[http://hdr.undp.org/en/reports/nationalreports/europethecis/uzbekistan/uzbekistan\\_2007\\_nhdr\\_en.pdf](http://hdr.undp.org/en/reports/nationalreports/europethecis/uzbekistan/uzbekistan_2007_nhdr_en.pdf)

Grafik 8: Anteil der Lehrer und Professoren an usbekischen Hochschulen im Verhältnis zu den Studierenden



Quelle: UNDP National Human Development Report - Education in Uzbekistan: Matching Supply and Demand;  
[http://hdr.undp.org/en/reports/nationalreports/europethecis/uzbekistan/uzbekistan\\_2007\\_nhdr\\_en.pdf](http://hdr.undp.org/en/reports/nationalreports/europethecis/uzbekistan/uzbekistan_2007_nhdr_en.pdf)

**Dokumentation**

## Die zentralasiatischen Staaten in politischen Länderratings

### Einleitung

Seit Freedom House 1972 begann, die Freiheit in den Ländern der Welt in einem Rating zu bewerten, hat die Idee, Gesellschaften mit Schulnoten zu belegen, zunehmend Anhänger gewonnen. Insbesondere in den letzten zehn Jahren ist zur systematischen und vergleichenden Einschätzung der politischen Situation eine ganze Reihe von neuen Projekten begonnen worden.

Während das erste Freedom House-Rating noch einfach nach politischen Rechten und Bürgerrechten unterschied, erfasst etwa das 1995 begonnene Freedom House-Projekt »Nations in Transit« mittlerweile sieben Bereiche vom nationalen Regierungssystem über Wahlen und Medien bis zu lokaler Selbstverwaltung und Korruptionsbekämpfung. Der Bertelsmann Transformation Index, der 2003 eingeführt wurde, wertet fast 40 Indikatoren aus. Der Global Integrity Report, der im selben Jahr zum ersten Mal erstellt wurde, basiert sogar auf fast 300 Indikatoren, kann aber deshalb nur eine kleinere Zahl von Ländern erfassen. Hinzu kommen eine Reihe von Ratings, die bewusst nur Teilaspekte des politischen Lebens erfassen, etwa Medienfreiheit oder Korruption.

Durch die steigende Zahl von Indikatoren wurden auch die Bewertungen komplexer. Während das erste Freedom House Rating noch einfach Noten von 1 bis 7 vergab, basieren die neueren Indizes auf Durchschnittswerten, die über dreistellige Werte auch die Bildung einer differenzierten Rangliste aller Länder der Welt erlauben.

Alle politikbezogenen Länderratings beziehen sich vorrangig auf die Ideale von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaat und bewerten, wie nah einzelne Länder diesen Idealen kommen. Perfekte rechtsstaatliche Demokratien würden so die Bestnote erhalten, während Diktaturen grundsätzlich am Ende der Ranglisten stehen. In einigen Ratings werden allerdings zusätzlich noch die Managementleistung der Herrschenden oder sozioökonomische und wirtschaftspolitische Indikatoren aufgenommen.

Die meisten Ratings basieren auf der Einschätzung von Experten. In der Regel erstellen ein oder zwei Experten jeweils ein Ländergutachten, das dann von einigen weiteren Experten begutachtet und bei Bedarf korrigiert wird. Die Experten sind dabei in der Regel als Wissenschaftler oder Journalisten gut mit dem jeweiligen Land vertraut. Alternativ werten einige Indizes, wie etwa der Corruption Perception Index von Transparency International, Meinungsfragen unter der Bevölkerung oder unter Wirtschaftsvertretern aus. In Reaktion auf die zunehmende Zahl von Indizes hat die Weltbank einen Metaindex gebildet. Die Worldwide Governance Indicators fassen die Ergebnisse von insgesamt 31 Indizes in einem neuen Index zusammen.

Die Aussagekraft dieser Ratings ist umstritten. Während viele Wissenschaftler mit Länderratings arbeiten, um Demokratisierungsprozesse international zu vergleichen und Einflussfaktoren für erfolgreiche Transformationen zu identifizieren, bezeichnen andere die Ratings bestenfalls als PR-Gag und schlimmstenfalls als Täuschungsmanöver. Besonders deutlich zeigt sich die begrenzte Aussagekraft beim Vergleich verschiedener Indizes, die das gleiche messen wollen. Die drei unterschiedlichen Ratings zu Medienfreiheit und Korruption weichen in ihren Einschätzungen des Ist-Zustands und vor allem der Entwicklung über einen längeren Zeitraum hinweg oft erheblich voneinander ab.

Ein Problem der Länderratings liegt darin, dass ihre verkürzte und sprachlich ungenaue Wiedergabe in den Medien ihren Erklärungswert überstrapaziert. Besonders deutlich zeigt sich dies beim Corruption Perception Index von Transparency International, der in den Massenmedien regelmäßig als Rangliste der korruptesten Länder präsentiert wird, wobei die Entwicklungstendenz jeweils durch einen Vergleich zum Vorjahr beschrieben wird. Dabei erklärt Transparency International in den Erläuterungen zum Index beides für unzulässig, denn der Index erfasst nur die Wahrnehmung von Korruption und nicht ihr tatsächliches Auftreten. Studien belegen, dass dies ein wesentlicher Unterschied ist. Direkte Vergleiche zum Vorjahr sind aufgrund unterschiedlicher Quellen, der (wechselnden) Bildung von Durchschnittswerten über mehrere Jahre und weiterer methodischer Probleme nicht möglich.

Auch die Weltbank schwächt im Kleingedruckten die Aussagekraft ihrer Worldwide Governance Indicators erheblich ab. Unter »frequently asked questions« wird erklärt, dass vier Faktoren für Veränderungen der Länderwerte im Zeitvergleich verantwortlich sein können. Drei dieser Faktoren haben mit der Erhebungsmethode und nicht mit der Entwicklung des Landes zu tun. Abschließend wird konstatiert, dass zwei dieser Faktoren »insgesamt typischerweise nur einen sehr geringen Effekt haben«. Dies heißt im Umkehrschluss, dass die Erhebungsmethode in untypischen Fällen und auch bezüglich des dritten Faktors zu erheblichen Verzerrungen des Ergebnisses führen kann.

Wichtiger noch als methodische Fragen der Indexbildung ist aber für die Aussagekraft aller Länderratings, dass sie auf den subjektiven Einschätzungen von Experten beruhen. Diese Experten haben in der Regel keinen Zugang zu zusätzlichen, öffentlich nicht zugänglichen Informationsquellen, sondern beziehen ihre Einschätzungen aus Medien und ihren persönlichen Erfahrungen als Wissenschaftler, Journalisten oder Wirtschaftsvertreter. Gleichzeitig haben die Experten, da sie in der Regel auf ein Land konzentriert sind, nur begrenzte Vergleichsmöglichkeiten. Es ist daher keineswegs sicher, dass zwei Experten für unterschiedliche Länder den gleichen Zustand mit der gleichen Note beschreiben.

Dementsprechend erklärt etwa die Weltbank: »Wir sind uns bewusst, dass den Möglichkeiten dieser Art internationaler Vergleiche hochaggregierter Daten Grenzen gesetzt sind. Daher können diese Daten detaillierte länderspezifische Analysen nicht ersetzen.« Vermutlich liefern die meisten Organisationen deshalb zu ihren Länderratings auch jeweils ausführliche Ländergutachten. Diese schaffen es aber meist nicht bis in die Presse.

Einen Überblick über die Bewertung der zentralasiatischen Staaten und einiger ausgewählter Referenzstaaten in politikbezogenen Länderratings gibt die folgende Dokumentation.

*Heiko Pleines*

### **Verzeichnis der erfassten Indizes**

Bertelsmann Transformation Index (BTI)	13
Freedom in the World	15
Freedom of the Press	17
Nations in Transit	18
Global Integrity Report	25
Press Freedom Index	26
Corruption Perception Index	27
Worldwide Governance Indicators	29

### **Verzeichnis der Grafiken**

Grafik 1: BTI Status-Index 2008. Indexwerte und Platzierungen	13
Grafik 2: BTI Management-Index 2008	14
Grafik 3: Freedom in the World: Political Rights 2007	15
Grafik 4: Freedom in the World: Civil Liberties 2007	16
Grafik 5: Freedom House: Freedom of the Press 2007	17
Grafik 6: Freedom House: Freedom of the Press 1998–2007	18
Grafik 7: Freedom House: Nationales Regierungssystem 2007	19
Grafik 8: Freedom House: Wahlen 2007	19
Grafik 9: Freedom House: Wahlen 1997–2007	20
Grafik 10: Freedom House: Zivilgesellschaft 2007	20
Grafik 11: Freedom House: Zivilgesellschaft 1997–2007	21
Grafik 12: Freedom House: Medien 2007	21
Grafik 13: Freedom House: Medien 1997–2007	22

Grafik 14: Freedom House: Lokale Selbstverwaltung 2007	22
Grafik 15: Freedom House: Rechtsstaatlichkeit 2007	23
Grafik 16: Freedom House: Rechtsstaatlichkeit 1997–2007	23
Grafik 17: Freedom House: Korruption 2007	24
Grafik 18: Freedom House: Korruption 1999–2007	24
Grafik 19: Global Integrity Report 2007	25
Grafik 20: Press Freedom Index 2007: Indexwert und Platzierung	26
Grafik 21: Press Freedom Index 2002–2007	27
Grafik 22: Corruption Perception Index 2007: Indexwert und Platzierung	28
Grafik 23: Corruption Perception Index 1998–2007	28
Grafik 24: Worldwide Governance Indicators: Politische Stabilität 1996–2006	29
Grafik 25: Worldwide Governance Indicators: Regierungseffizienz 1996–2006	30
Grafik 26: Worldwide Governance Indicators: Rechtsstaatlichkeit 1996–2006	31
Grafik 27: Worldwide Governance Indicators: Korruptionskontrolle 1996–2006	32

#### Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1: BTI Status-Index 2003–2008. Indexwerte und Platzierungen	14
Tabelle 2: BTI Management-Index 2003–2008. Indexwerte und Platzierungen	15
Tabelle 3: Freedom in the World: Political Rights 2002–2007	16
Tabelle 4: Freedom in the World: Civil Liberties 2002–2007	16
Tabelle 5: Freedom House: Freedom of the Press 1998–2007	18
Tabelle 6: Freedom House: Wahlen 1997–2007	20
Tabelle 7: Freedom House: Zivilgesellschaft 1997–2007	21
Tabelle 8: Freedom House: Medien 1997–2007	22
Tabelle 9: Freedom House: Rechtsstaat 1997–2007	23
Tabelle 10: Freedom House: Korruption 1999–2007	24
Tabelle 11: Global Integrity Report 2007 für die zentralasiatischen Länder im Vergleich mit ausgewählten anderen Staaten der Region	26
Tabelle 12: Press Freedom Index 2002–2007	27
Tabelle 13: Worldwide Governance Indicators 2006	29
Tabelle 14: Worldwide Governance Indicators: Politische Stabilität 1996–2006	30
Tabelle 15: Worldwide Governance Indicators: Regierungseffizienz 1996–2006	30
Tabelle 16: Worldwide Governance Indicators: Rechtsstaatlichkeit 1996–2006	31
Tabelle 17: Worldwide Governance Indicators: Korruptionskontrolle 1996–2006	32

## Bertelsmann Transformation Index (BTI)

Erstellt von: Bertelsmann Stiftung (Gütersloh, Deutschland)

Seit: 2003

Häufigkeit: alle 2 Jahre (bisher 2003, 2006, 2008)

Daten beziehen sich auf den Zeitraum bis zum Beginn des Vorjahres

Erfasste Länder: 125 Transformations- und Entwicklungsländer mit mehr als 2 Millionen Einwohnern

Internetadresse: <http://www.bertelsmann-transformation-index.de>

### Kurzbeschreibung:

Ausführliche Ländergutachten zu allen 125 untersuchten Staaten informieren über Entwicklungsstand, Problemlagen und Steuerungsleistungen, die den Bewertungen jedes Landes zugrunde liegen. Die Ländergutachten werden von externen Länderexperten verfasst und in der Regel unter der Beteiligung von Experten aus den untersuchten Staaten kommentiert und überarbeitet. Die Ergebnisse zeigen Erfolgsfaktoren und Strategien in einzelnen Staaten auf. Durch die umfassende Standardisierung der Untersuchung erlauben sie gezielte Vergleiche von Reformpolitik. Die Länderbewertung erfolgt im Status-Index und im Management-Index.

Der Status-Index bildet den Mittelwert aus den Ergebnissen der Dimensionen »Politische Transformation« und »Transformation zur Marktwirtschaft«. Politische Transformation erfasst über 17 Indikatoren folgende fünf Kriterien: Staatlichkeit; Politische Partizipation; Rechtsstaatlichkeit; Stabilität demokratischer Institutionen; Politische und gesellschaftliche Integration. Wirtschaftliche Transformation erfasst über 14 Indikatoren folgende sieben Kriterien: Sozioökonomische Entwicklungsniveau; Markt- und Wettbewerbsordnung; Währungs- und Preisstabilität; Privateigentum; Sozialstaat; Leistungsstärke der Volkswirtschaft; Nachhaltigkeit. Die Werte für die einzelnen Indikatoren und damit auch der Statusindex als Mittelwert reichen von 1 bis 10, wobei 10 die höchste Bewertung ist.

Grafik 1: BTI Status-Index 2008. Indexwerte und Platzierungen

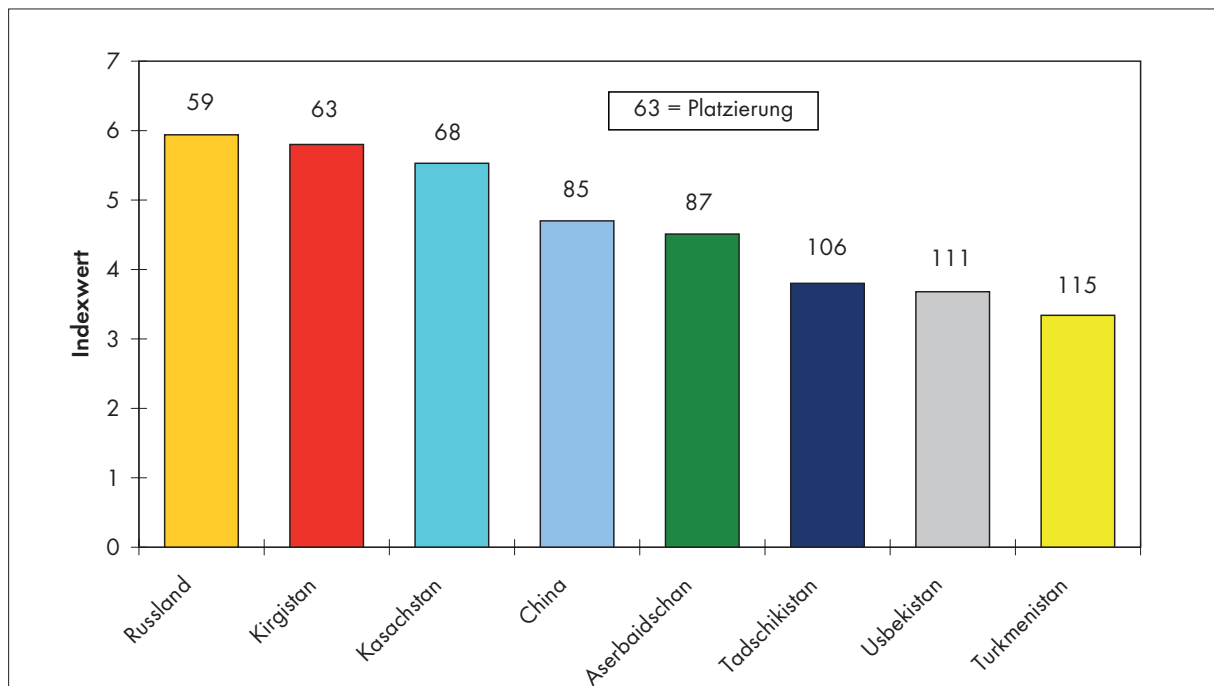


Tabelle 1: BTI Status-Index 2003–2008. Indexwerte und Platzierungen

	2008 Indexwert (Platzierung)	2006 Indexwert (Platzierung)	2003 Indexwert (Platzierung)
Russland	5,94 (59.)	6,14 (47.)	6,0 (41.)
Kirgistan	5,80 (63.)	4,76 (78.)	4,5 (69.)
Kasachstan	5,53 (68.)	5,48 (66.)	5,1 (61)
China	4,7 (85.)	4,42 (85.)	4,2 (77.)
Aserbaidtschan	4,51 (87.)	4,51 (82.)	4,4 (72.)
Tadschikistan	3,80 (106.)	3,50 (102.)	3,2 (100.)
Usbekistan	3,68 (111.)	3,46 (103.)	3,4 (93.)
Turkmenistan	3,34 (115.)	3,20 (109.)	3,3 (96.)

Der Management-Index bewertet die Management-Leistungen der politischen Entscheidungsträger unter Berücksichtigung des Schwierigkeitsgrads. Der Indexwert ergibt sich aus der Management-Leistung, multipliziert mit einem vom Schwierigkeitsgrad abhängigen Faktor. Die »Management-Leistung« ergibt sich aus dem Mittelwert der Bewertungen zu folgenden Kriterien: Gestaltungsfähigkeit; Ressourceneffizienz; Konsensbildung; Internationale Zusammenarbeit. Der Grad der Schwierigkeit von politischer und wirtschaftlicher Transformation wird aus 6 Indikatoren errechnet, die strukturelle Rahmenbedingungen, zivilgesellschaftliche Traditionen, die Intensität gesellschaftlicher Konflikte, das Bildungsniveau, die Wirtschaftsleistung sowie die institutionelle Kapazität des Staates bewerten.

Grafik 2: BTI Management-Index 2008

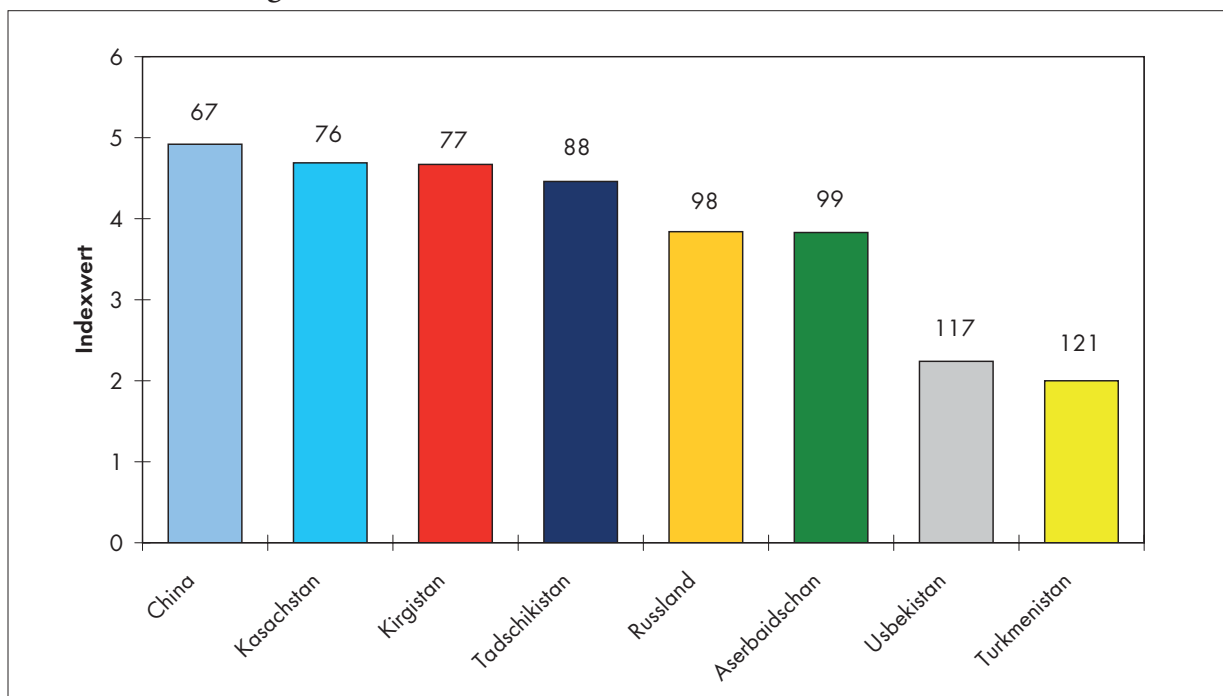




Tabelle 2: BTI Management-Index 2003–2008. Indexwerte und Platzierungen

	2008 Indexwert (Platzierung)	2006 Indexwert (Platzierung)	2003 Indexwert (Platzierung)
China	4,92 (67.)	4,48 (70.)	4,4 (55.)
Kasachstan	4,69 (76.)	4,13 (82.)	3,3 (76.)
Kirgistan	4,67 (77.)	4,17 (80.)	3,4 (75.)
Tadschikistan	4,46 (88.)	4,48 (70.)	3,3 (76.)
Russland	3,84 (98.)	3,84 (87.)	5,5 (31.)
Aserbaidzhan	3,83 (99.)	3,50 (95.)	3,2 (79.)
Usbekistan	2,24 (117.)	2,17 (112.)	1,5 (104.)
Turkmenistan	2,00 (121.)	1,83 (116.)	1,0 (110.)

### Freedom in the World

Erstellt von: Freedom House (Washington, USA)

Seit: 1972

Häufigkeit: jährlich

Daten beziehen sich auf das Vorjahr

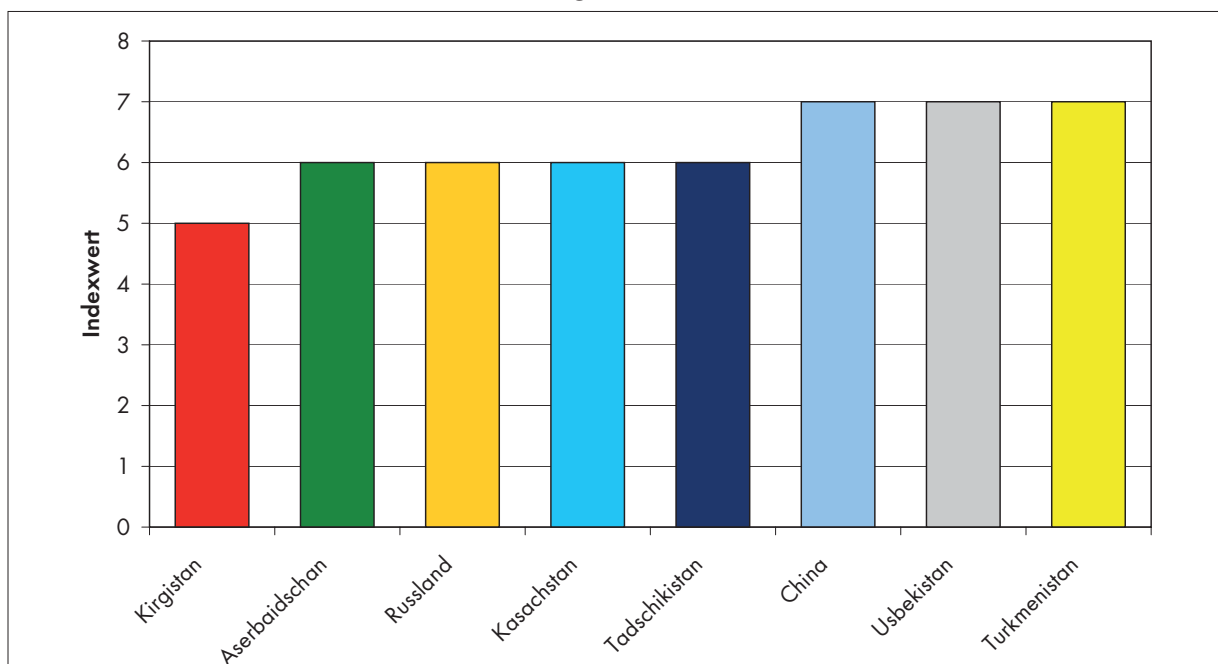
Erfasste Länder: 193 und 15 umstrittene Territorien

Internetadresse: <http://freedomhouse.org>

#### Kurzbeschreibung:

Eine Kernforschungsgruppe erstellt gemeinsam mit beratenden Analysten Berichte aus 193 Ländern. Dabei wird eine breite Palette an Datenquellen einbezogen: in- und ausländische Informationen, wissenschaftliche Analysen, Ergebnisse von NGOs und Expertenkommissionen, individuelle berufliche Kontakte und Besuche der jeweiligen Regionen. Die Bewertung erfolgt in den Kategorien politische Rechte und bürgerliche Rechte (Menschenrechte) jeweils auf einer Skala von 1 (frei) bis 7 (nicht frei).

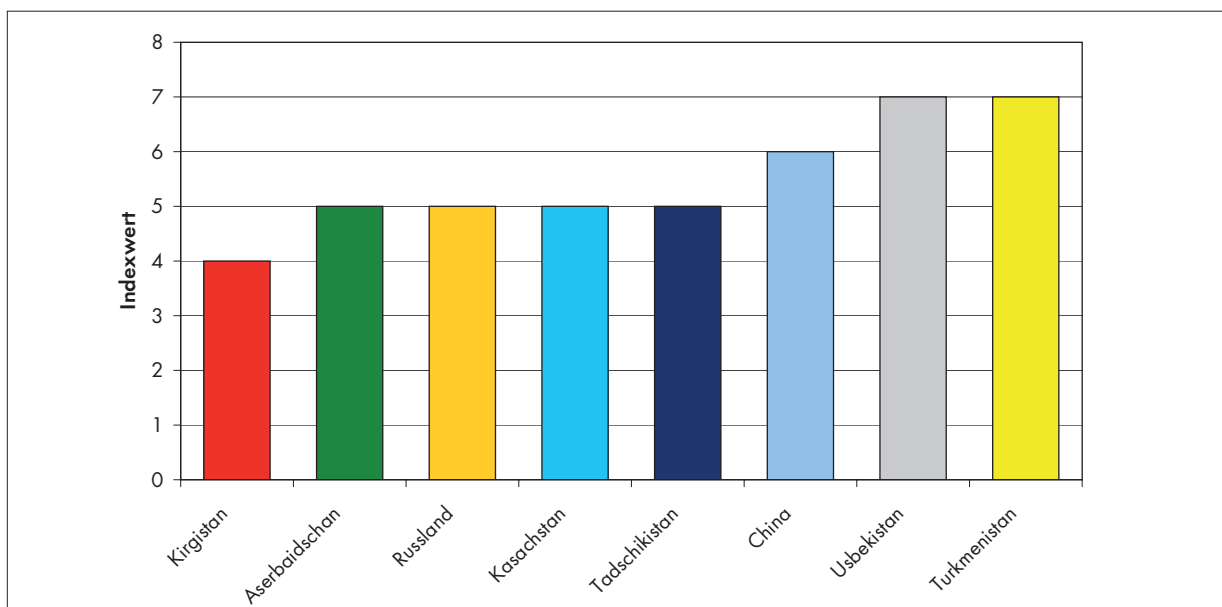
Grafik 3: Freedom in the World: Political Rights 2007



**Tabelle 3: Freedom in the World: Political Rights 2002–2007**

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Aserbaidsschan	6	6	6	6	6	6
China	7	7	7	7	7	7
Kasachstan	6	6	6	6	6	6
Kirgistan	6	6	6	6	4	5
Russland	5	5	5	6	6	6
Tadschikistan	6	6	6	6	6	6
Turkmenistan	7	7	7	7	7	7
Usbekistan	7	7	7	7	7	7

**Grafik 4: Freedom in the World: Civil Liberties 2007**



**Tabelle 4: Freedom in the World: Civil Liberties 2002–2007**

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Aserbaidsschan	5	5	5	5	5	5
China	6	6	6	6	6	6
Kasachstan	5	5	5	5	5	5
Kirgistan	5	5	5	5	5	4
Russland	5	5	5	5	5	5
Tadschikistan	6	5	5	5	5	5
Turkmenistan	7	7	7	7	7	7
Usbekistan	6	6	6	6	7	7

## Freedom of the Press

Erstellt von: Freedom House (Washington, USA)

Seit: 1980

Häufigkeit: jährlich

Daten sind für das Vorjahr

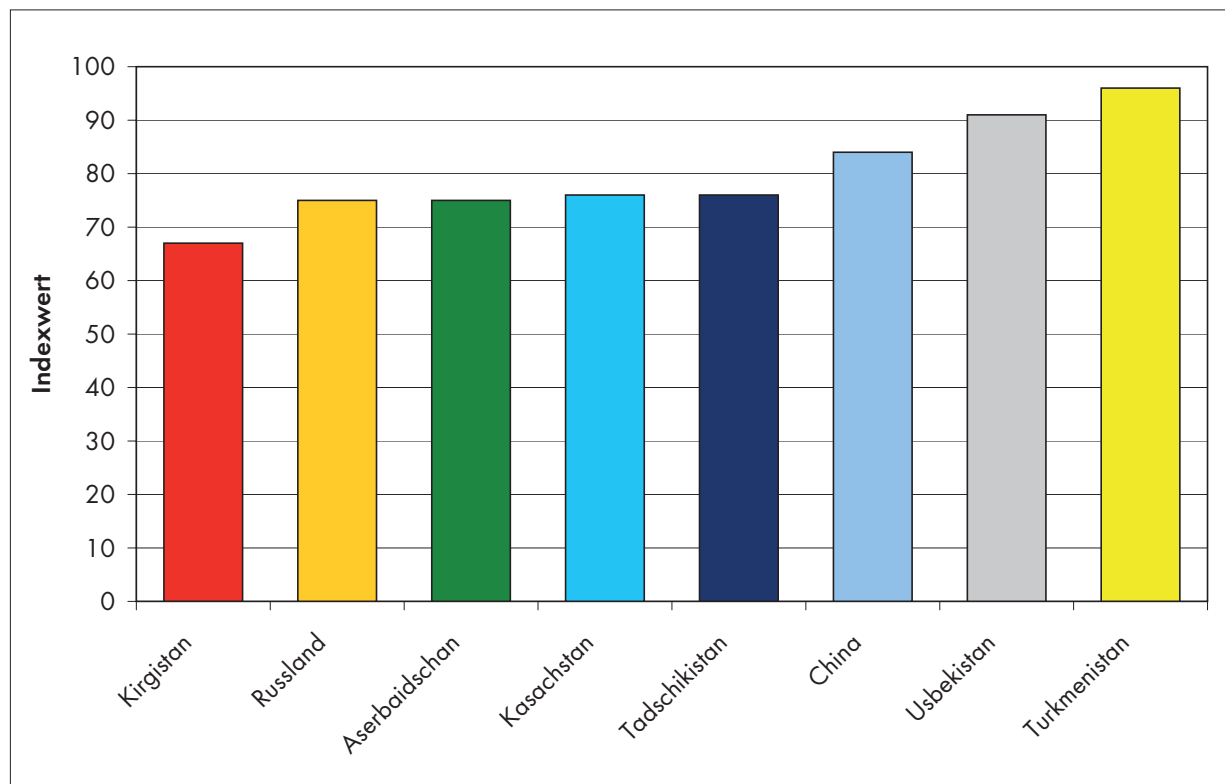
Erfasste Länder und Territorien: 194

Internetadresse: <http://freedomhouse.org>

### Kurzbeschreibung:

Die Bewertung erfolgt durch Experten auf einer Skala von 0 bis 100, wobei die Medien bei Werten von 0–30 als frei, von 31–60 als teilweise frei und von 61–100 als unfrei beschrieben werden. Printmedien und Rundfunk (Radio und Fernsehen) werden getrennt erfasst, wobei jeweils die drei Bereiche gesetzliche Regelung, politische Einflussnahme und wirtschaftlicher Druck bewertet werden. Der Länderwert wird als einfacher Durchschnitt gebildet.

Grafik 5: Freedom House: Freedom of the Press 2007



Grafik 6: Freedom House: Freedom of the Press 1998–2007

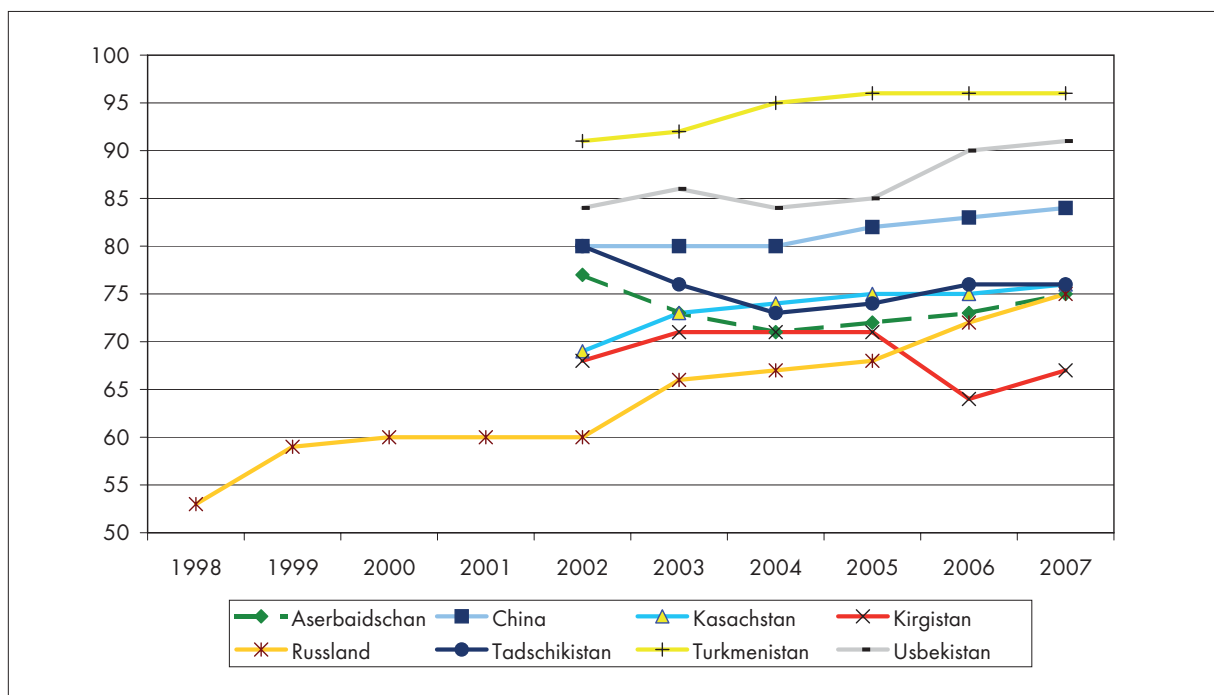


Tabelle 5: Freedom House: Freedom of the Press 1998–2007

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Aserbaidtschan	-	-	-	-	77	73	71	72	73	75
China	-	-	-	-	80	80	80	82	83	84
Kasachstan	-	-	-	-	69	73	74	75	75	76
Kirgistan	-	-	-	-	68	71	71	71	64	67
Russland	53	59	60	60	60	66	67	68	72	75
Tadschikistan	-	-	-	-	80	76	73	74	76	76
Turkmenistan	-	-	-	-	91	92	95	96	96	96
Usbekistan	-	-	-	-	84	86	84	85	90	91

### Nations in Transit

Erstellt von: Freedom House (Washington, USA)

Seit: 1997

Häufigkeit: jährlich

Daten sind für das Vorjahr

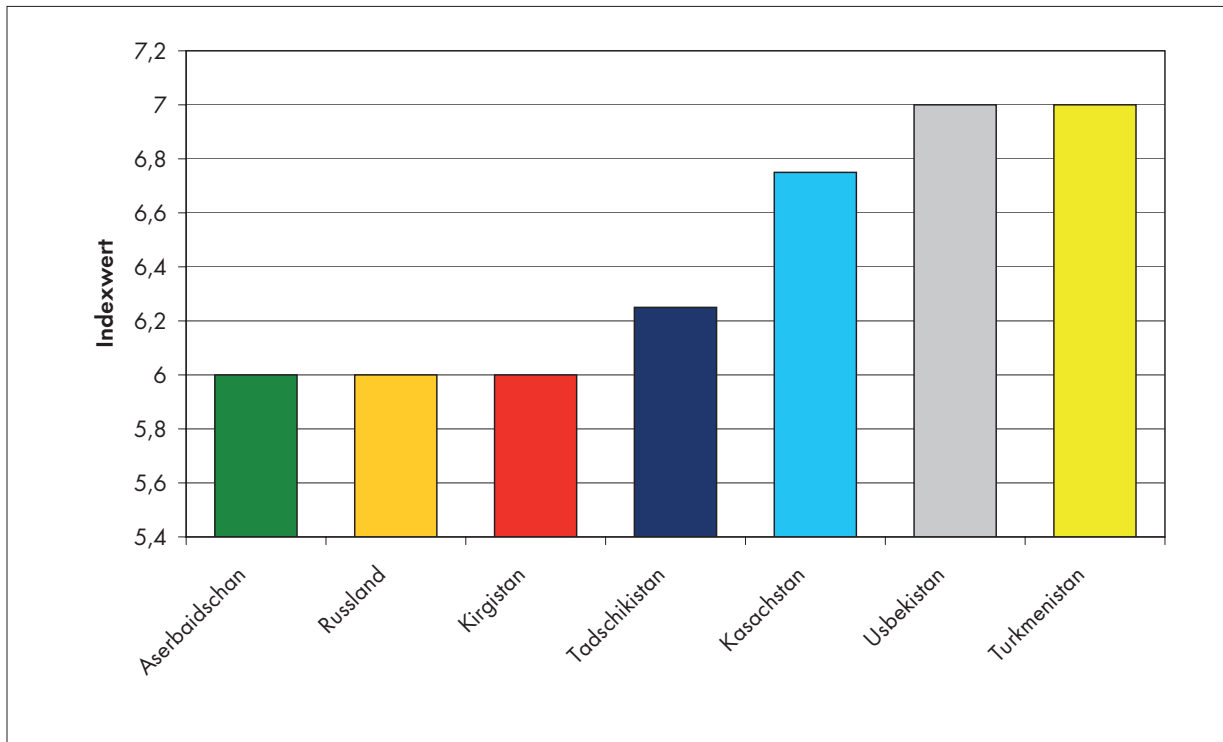
Erfasste Länder: 29 post-sozialistische Staaten

Internetadresse: <http://freedomhouse.org>

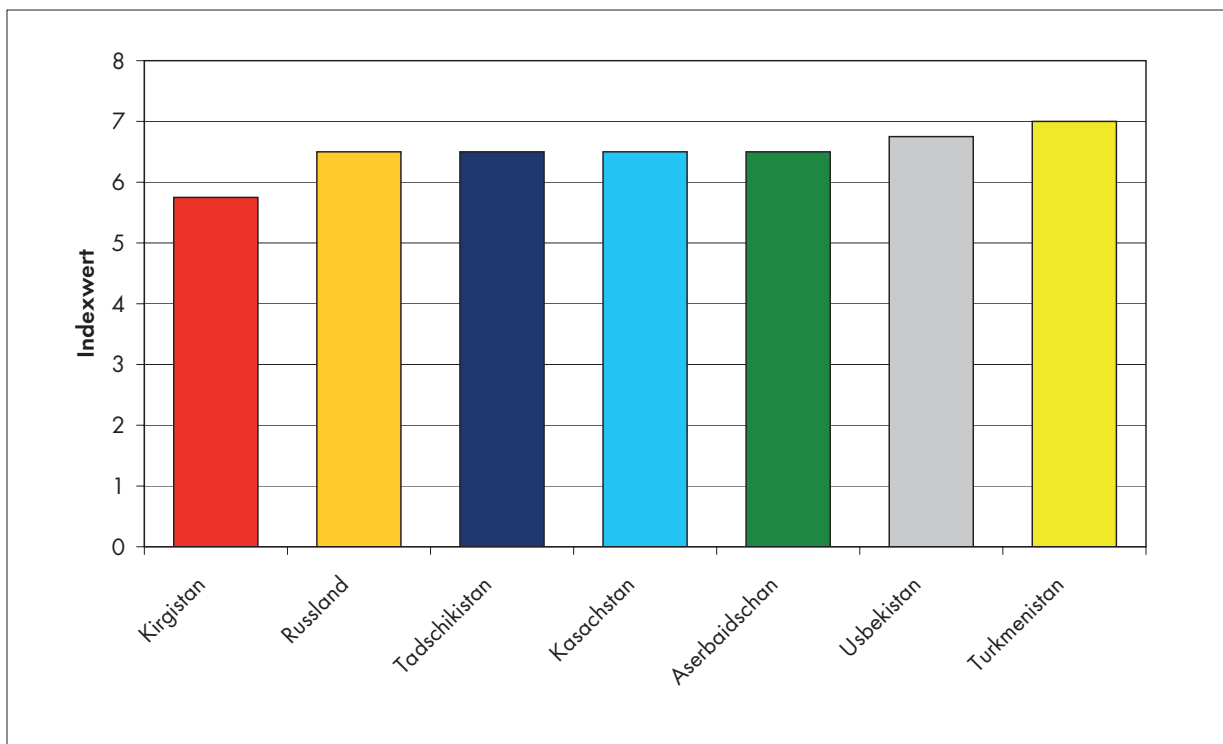
#### Kurzbeschreibung:

Die Bewertung basiert auf dem Länderbericht jeweils eines Experten, der folgende sieben Bereiche analysiert: nationales Regierungssystem, Wahlen, Zivilgesellschaft, Medien, lokale Selbstverwaltung, Rechtsstaatlichkeit, Korruption. Amerikanische sowie zentral- und osteuropäische wissenschaftliche Berater evaluieren und überprüfen die Berichte auf Genauigkeit, Objektivität und Vollständigkeit der Informationen. Die Länderbewertungen spiegeln den Konsens von Freedom House, Nation in Transit und den Autoren wider. Die Bewertung erfolgt auf einer Skala 1 (demokratisch) bis 7 (autoritär).

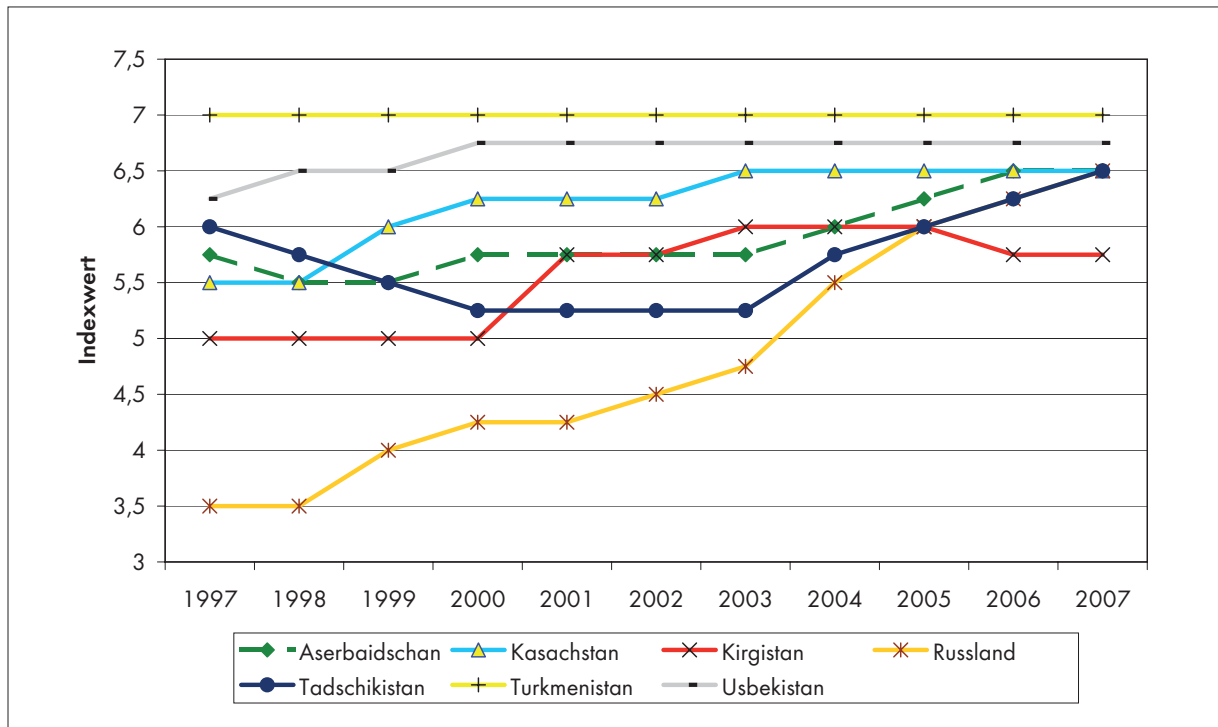
Grafik 7: Freedom House: Nationales Regierungssystem 2007



Grafik 8: Freedom House: Wahlen 2007



Grafik 9: Freedom House: Wahlen 1997–2007



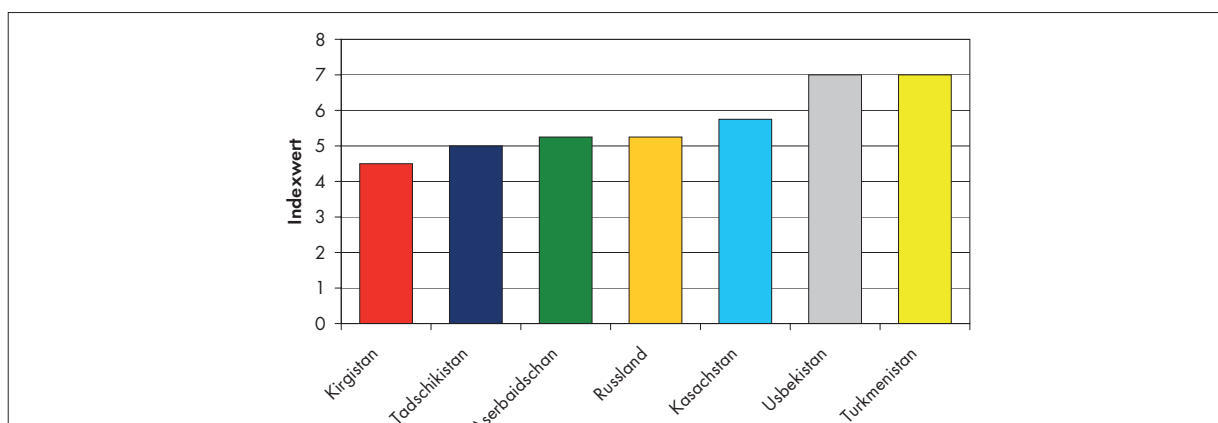
Anmerkung: Für 2000 liegen keine Werte vor, deshalb werden die Werte des Folgejahrs angeführt.

Tabelle 6: Freedom House: Wahlen 1997–2007

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Aserbaidshan	5,75	5,50	5,50	-	5,75	5,75	5,75	6,00	6,25	6,50	6,50
Kasachstan	5,50	5,50	6,00	-	6,25	6,25	6,50	6,50	6,50	6,50	6,50
Kirgistan	5,00	5,00	5,00	-	5,75	5,75	6,00	6,00	6,00	5,75	5,75
Russland	3,50	3,50	4,00	-	4,25	4,50	4,75	5,50	6,00	6,25	6,50
Tadschikistan	6,00	5,75	5,50	-	5,25	5,25	5,25	5,75	6,00	6,25	6,50
Turkmenistan	7,00	7,00	7,00	-	7,00	7,00	7,00	7,00	7,00	7,00	7,00
Usbekistan	6,25	6,50	6,50	-	6,75	6,75	6,75	6,75	6,75	6,75	6,75

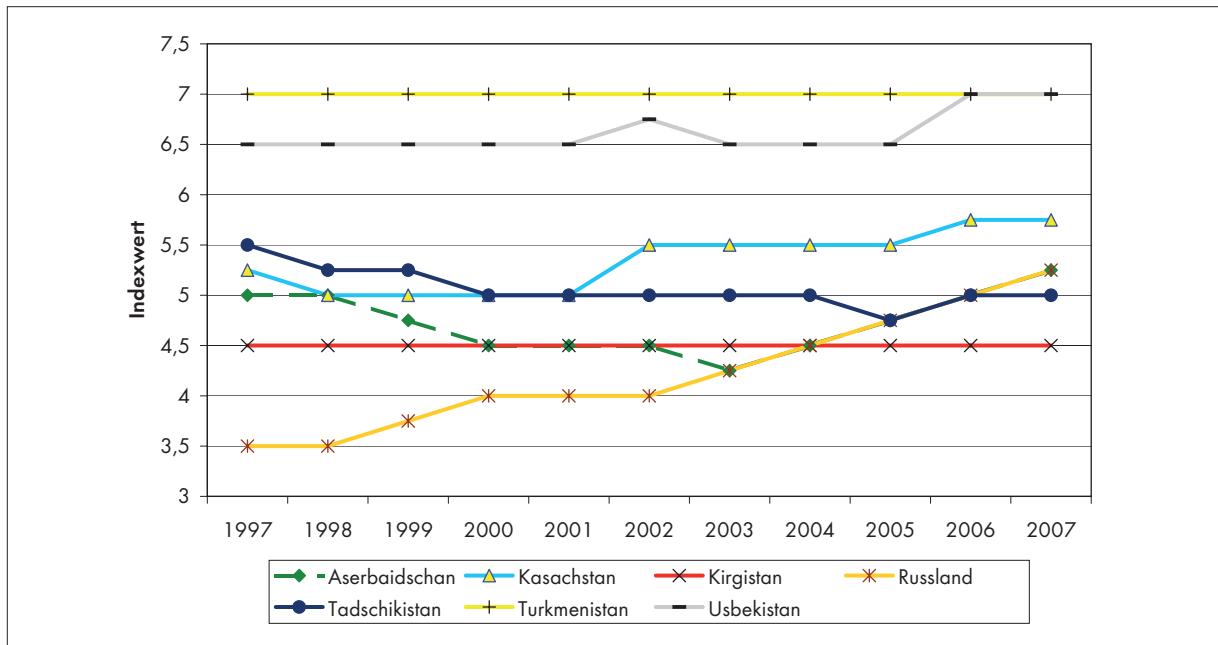
Anmerkung: Für 2000 liegen keine Werte vor.

Grafik 10: Freedom House: Zivilgesellschaft 2007





Grafik 11: Freedom House: Zivilgesellschaft 1997–2007



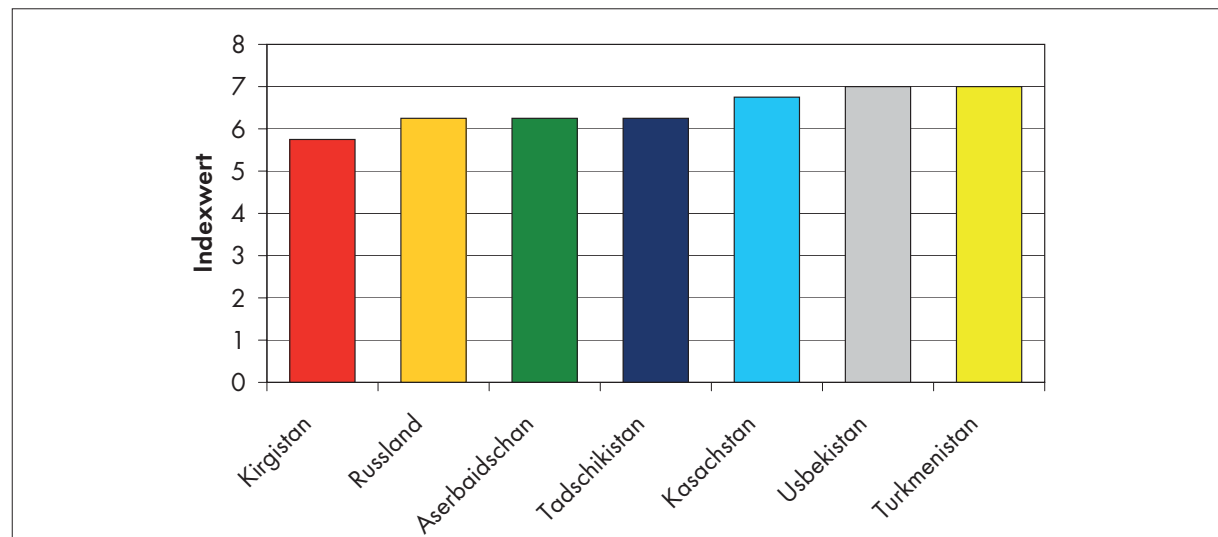
Anmerkung: Für 2000 liegen keine Werte vor, deshalb werden die Werte des Folgejahrs angeführt.

Tabelle 7: Freedom House: Zivilgesellschaft 1997–2007

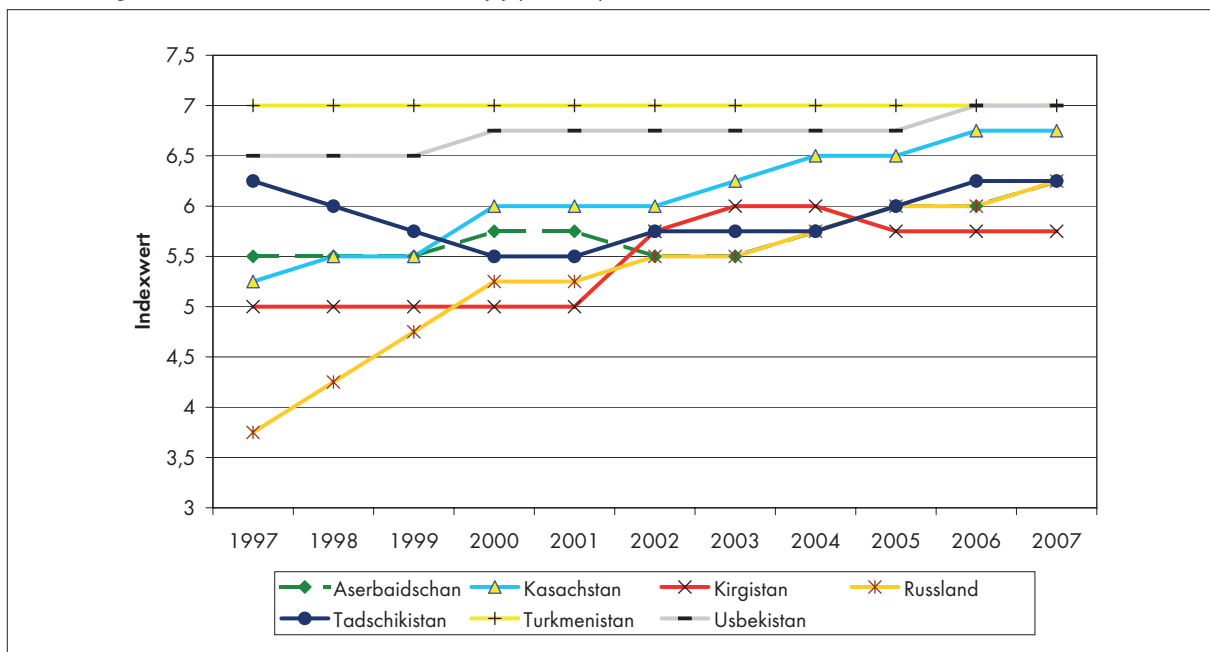
	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Aserbaidtschan	5,00	5,00	4,75	-	4,50	4,50	4,25	4,50	4,75	5,00	5,25
Kasachstan	5,25	5,00	5,00	-	5,00	5,50	5,50	5,50	5,50	5,75	5,75
Kirgistan	4,50	4,50	4,50	-	4,50	4,50	4,50	4,50	4,50	4,50	4,50
Russland	3,50	3,50	3,75	-	4,00	4,00	4,25	4,50	4,75	5,00	5,25
Tadschikistan	5,50	5,25	5,25	-	5,00	5,00	5,00	5,00	4,75	5,00	5,00
Turkmenistan	7,00	7,00	7,00	-	7,00	7,00	7,00	7,00	7,00	7,00	7,00
Usbekistan	6,50	6,50	6,50	-	6,50	6,75	6,50	6,50	6,50	7,00	7,00

Anmerkung: Für 2000 liegen keine Werte vor.

Grafik 12: Freedom House: Medien 2007



Grafik 13: Freedom House: Medien 1997–2007



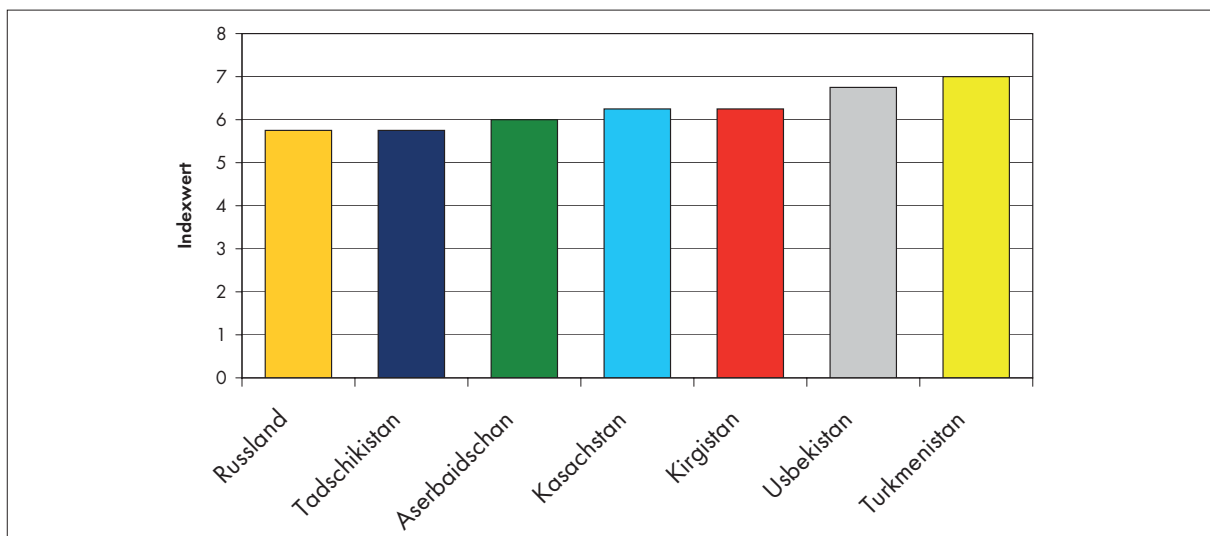
Anmerkung: Für 2000 liegen keine Werte vor, deshalb werden die Werte des Folgejahrs angeführt.

Tabelle 8: Freedom House: Medien 1997–2007

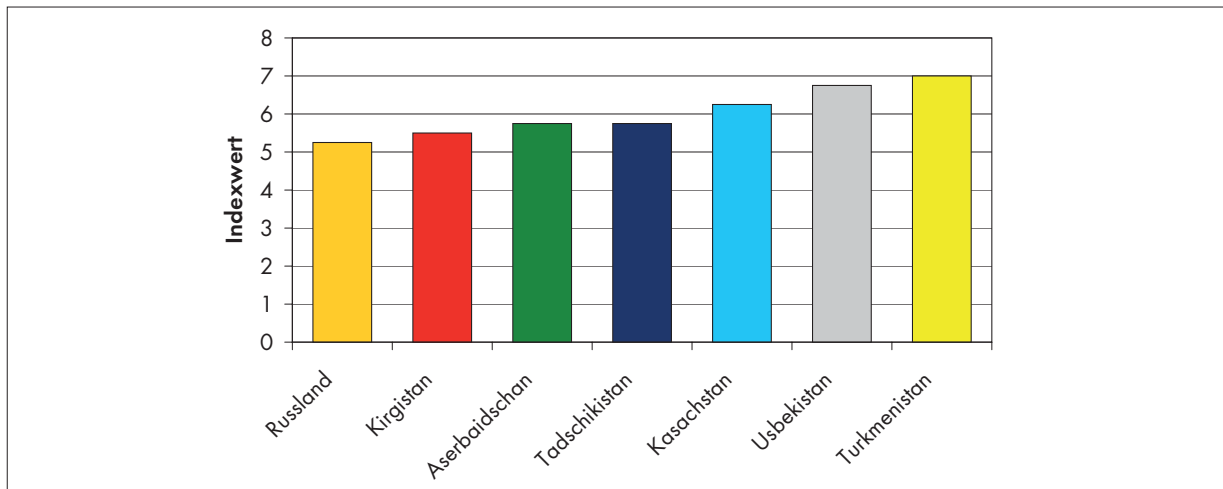
	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Aserbaidtschan	5,50	5,50	5,50	-	5,75	5,50	5,50	5,75	6,00	6,00	6,25
Kasachstan	5,25	5,50	5,50	-	6,00	6,00	6,25	6,50	6,50	6,75	6,75
Kirgistan	5,00	5,00	5,00	-	5,00	5,75	6,00	6,00	5,75	5,75	5,75
Russland	3,75	4,25	4,75	-	5,25	5,50	5,50	5,75	6,00	6,00	6,25
Tadschikistan	6,25	6,00	5,75	-	5,50	5,75	5,75	5,75	6,00	6,25	6,25
Turkmenistan	7,00	7,00	7,00	-	7,00	7,00	7,00	7,00	7,00	7,00	7,00
Usbekistan	6,50	6,50	6,50	-	6,75	6,75	6,75	6,75	6,75	7,00	7,00

Anmerkung: Für 2000 liegen keine Werte vor.

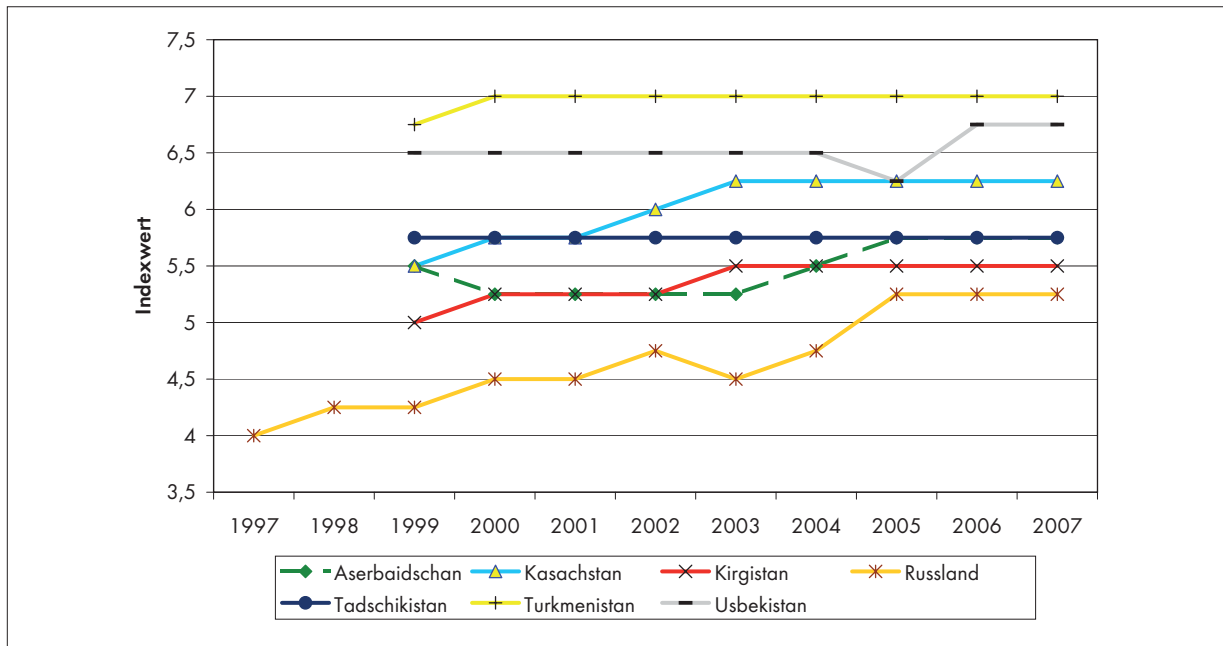
Grafik 14: Freedom House: Lokale Selbstverwaltung 2007



Grafik 15: Freedom House: Rechtsstaatlichkeit 2007



Grafik 16: Freedom House: Rechtsstaatlichkeit 1997–2007



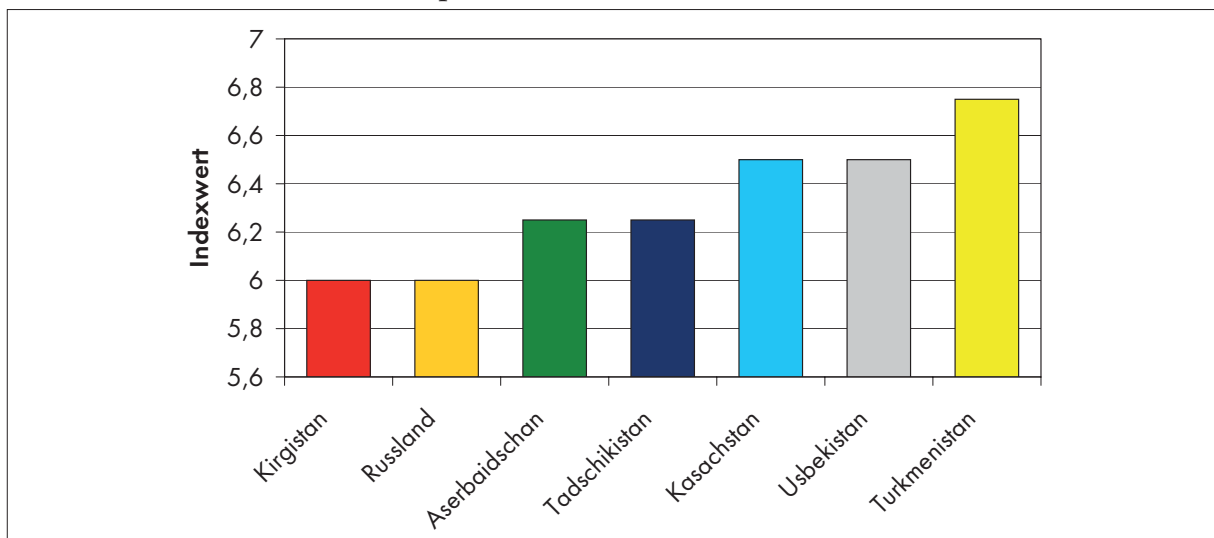
Anmerkung: Für 2000 liegen keine Werte vor, deshalb werden die Werte des Folgejahrs angeführt.

Tabelle 9: Freedom House: Rechtsstaat 1997–2007

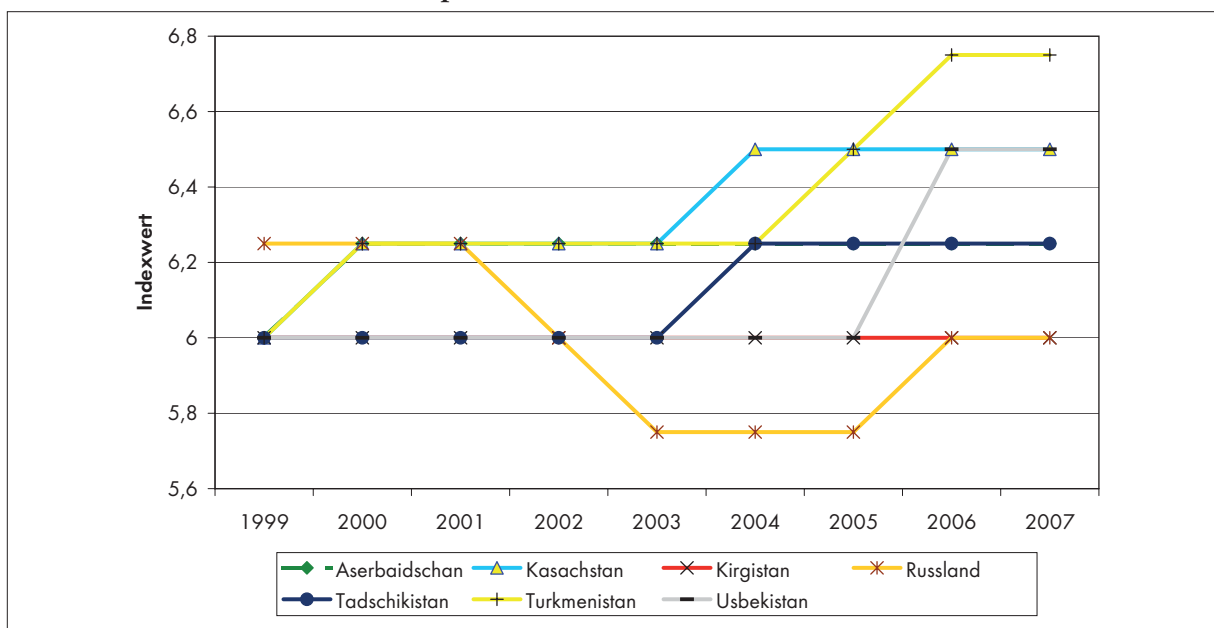
	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Aserbaidschan	-	-	5,50	-	5,25	5,25	5,25	5,50	5,75	5,75	5,75
Kasachstan	-	-	5,50	-	5,75	6,00	6,25	6,25	6,25	6,25	6,25
Kirgistan	-	-	5,00	-	5,25	5,25	5,50	5,50	5,50	5,50	5,50
Russland	4,00	4,25	4,25	-	4,50	4,75	4,50	4,75	5,25	5,25	5,25
Tadschikistan	-	-	5,75	-	5,75	5,75	5,75	5,75	5,75	5,75	5,75
Turkmenistan	-	-	6,75	-	7,00	7,00	7,00	7,00	7,00	7,00	7,00
Usbekistan	-	-	6,50	-	6,50	6,50	6,50	6,50	6,25	6,75	6,75

Anmerkung: Für 2000 liegen keine Werte vor.

Grafik 17: Freedom House: Korruption 2007



Grafik 18: Freedom House: Korruption 1999–2007



Anmerkung: Für 2000 liegen keine Werte vor, deshalb werden die Werte des Vorjahres angeführt.

Tabelle 10: Freedom House: Korruption 1999–2007

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Aserbaidtschan	6,00	-	6,25	6,25	6,25	6,25	6,25	6,25	6,25
Kasachstan	6,00	-	6,25	6,25	6,25	6,50	6,50	6,50	6,50
Kirgistan	6,00	-	6,00	6,00	6,00	6,00	6,00	6,00	6,00
Russland	6,25	-	6,25	6,00	5,75	5,75	5,75	6,00	6,00
Tadschikistan	6,00	-	6,00	6,00	6,00	6,25	6,25	6,25	6,25
Turkmenistan	6,00	--	6,25	6,25	6,25	6,25	6,50	6,75	6,75
Usbekistan	6,00	-	6,00	6,00	6,00	6,00	6,00	6,50	6,50

Anmerkung: Für 2000 liegen keine Werte vor.

## Global Integrity Report

Erstellt von: Center for Public Integrity (Washington, USA)

Seit: 2003

Häufigkeit: unregelmäßig (bisher: 2004, 2006, 2007)

Daten sind für das Berichtsjahr

Erfasste Länder: unregelmäßig; 25(2004), 43(2006), 55(2007)

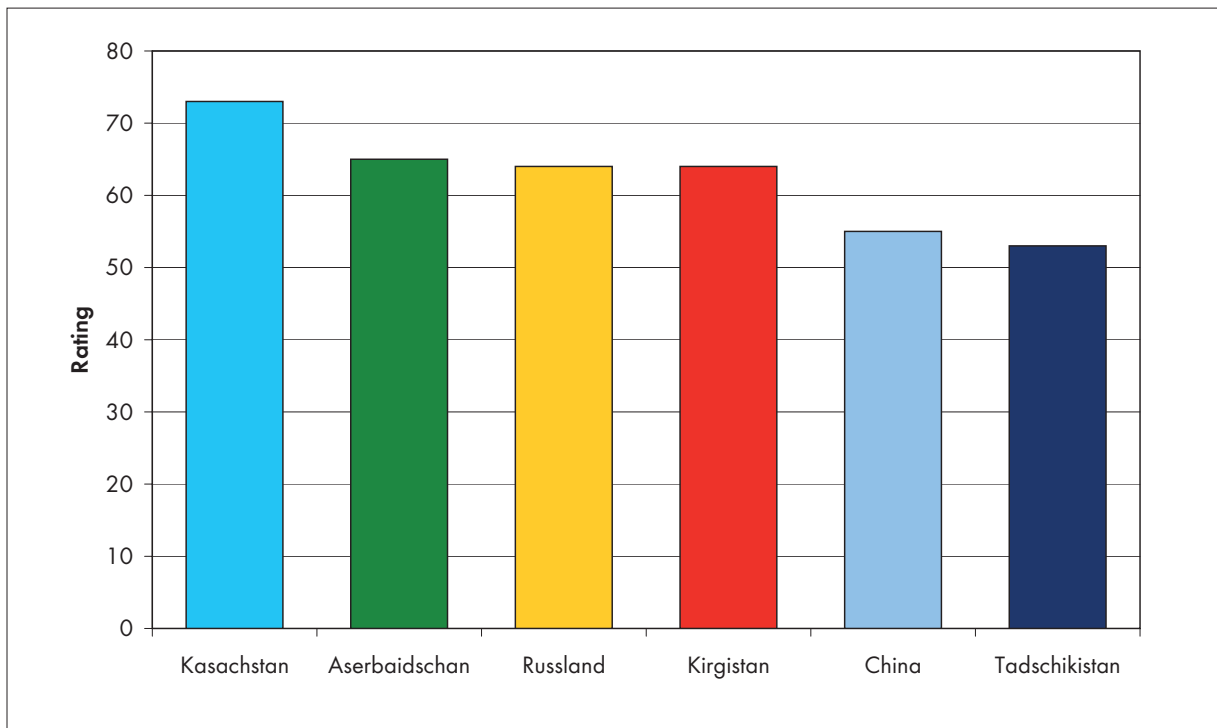
Internetadresse: <http://www.globalintegrity.org>

### Kurzbeschreibung:

Global Integrity arbeitet jeweils mit länderbezogenen Expertenteams, die aus einem Sozialwissenschaftler, einem investigativen Journalisten sowie fünf Lektoren bestehen. Bis zum Endbericht kennen die Mitglieder der Ländergruppe sich gegenseitig nicht, um eine unabhängige Datenbewertung zu sichern. Die Länderbewertungen basieren auf der begründeten Bewertung von fast 300 Indikatoren, die insgesamt 6 Kategorien umfassen: Zivilgesellschaft und Medien; Wahlen und politische Parteien; Gewaltenteilung; Öffentliche Verwaltung; Kontrollorgane; Korruption und Rechtsstaat.

Die Bewertung aller Indikatoren erfolgt nach jeweils spezifisch vorgegebenen Kriterien auf einer Skala von 0 bis 100, wobei 100 die beste Bewertung darstellt. Aus allen Indikatoren einer Kategorie wird der einfache Mittelwert gebildet. Für die Bewertung der öffentlichen Rechtsstaatlichkeit und Moral (»public integrity«) wird folgende Einschätzung vorgegeben: 90–100: sehr stark, 80–90: stark, 70–80: moderat, 60–70: schwach, unter 60: sehr schwach.

### Grafik 19: Global Integrity Report 2007



Anmerkung: Für Turkmenistan und Usbekistan liegen keine Daten vor.

Tabelle 11: Global Integrity Report 2007 für die zentralasiatischen Länder im Vergleich mit ausgewählten anderen Staaten der Region

	Kasachstan	Kirgistan	Tadschiki- stan	Aserbai- dschan	China	Russland
Zivilgesellschaft und Medien	74	56	70	74	57	59
Wahlen	75	62	57	62	40	70
Gewaltenteilung	62	63	31	50	45	52
Öffentliche Verwaltung	71	71	41	58	64	57
Kontrolle	83	72	51	74	67	73
Rechtsstaat	74	63	66	70	61	74
<b>Durchschnitt</b>	<b>73</b>	<b>64</b>	<b>53</b>	<b>65</b>	<b>55</b>	<b>64</b>

Anmerkung: Für Turkmenistan und Usbekistan liegen keine Daten vor.

### Press Freedom Index

Erstellt von: Reporter ohne Grenzen (Paris, Frankreich)

Seit: 2002

Häufigkeit: jährlich

Daten sind für die 12 Monate bis zum ersten September des Erscheinungsjahres

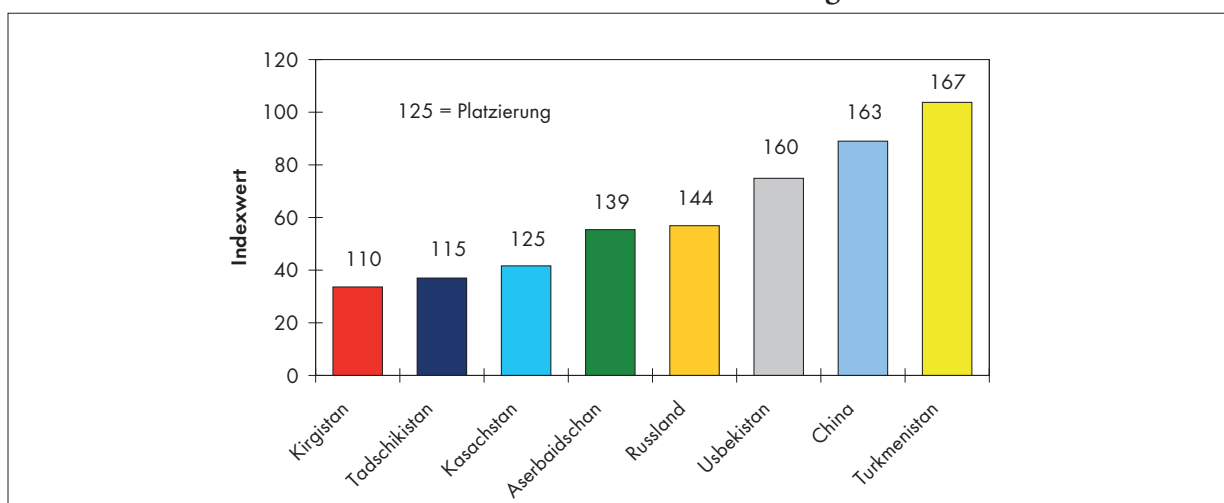
Erfasste Länder: 169

Internetadresse: <http://www.rsf.org>

#### Kurzbeschreibung:

Unter Verantwortung der jeweiligen Partnerorganisationen von »Reporter ohne Grenzen« schätzen Journalisten, Wissenschaftler, Rechtsexperten und Menschenrechtsaktivisten die Lage der Pressefreiheit in ihrem Land aufgrund von 50 Kriterien ein, die alle Verletzungen der Freiheit von Journalisten (wie physische Übergriffe, Verhaftungen etc.) und von Nachrichtenmedien (Zensur, Beschlagnahmung von Zeitungsausgaben, Durchsuchungen, Drangsalierung etc.) erfassen. Die Auswertung erfolgte mittels einer vorher festgelegten Punkteskala, auf der jede Verletzung der Pressefreiheit bewertet wird. Ein Indexwert von 0 bedeutet das Fehlen jeglicher Verletzungen der Pressefreiheit. Da für jede zusätzliche Verletzung weitere Punkte addiert werden, ist ein Maximalwert nicht vorgegeben. Im aktuellen Index beträgt der schlechteste Wert 114,75 (Eritrea).

Grafik 20: Press Freedom Index 2007: Indexwert und Platzierung





Grafik 21: Press Freedom Index 2002–2007

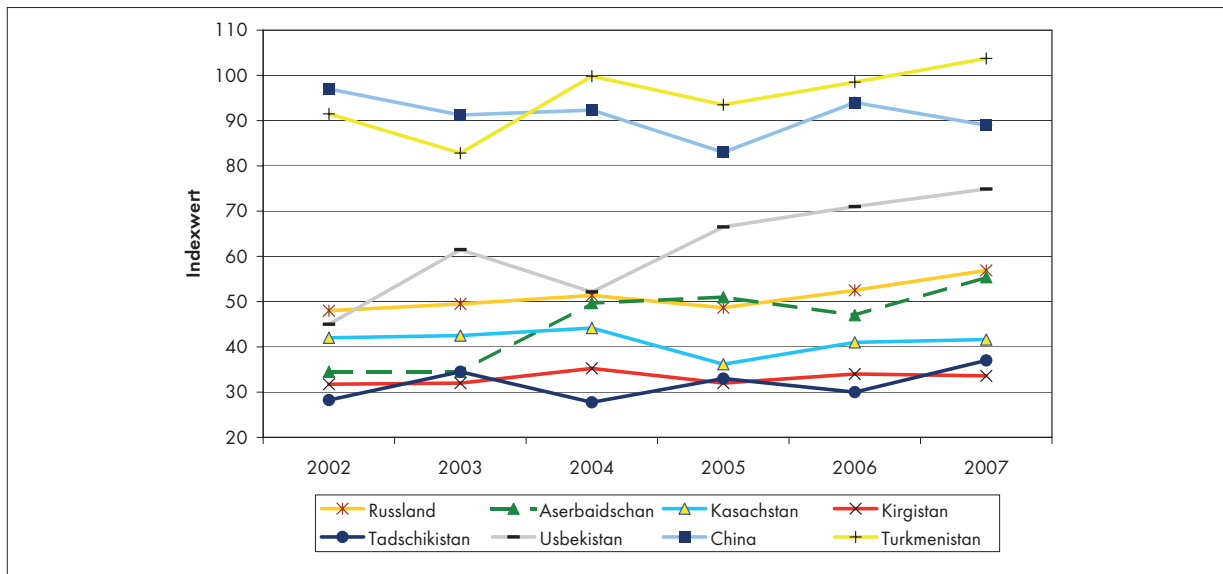


Tabelle 12: Press Freedom Index 2002–2007

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Russland	48,00	49,50	51,38	48,67	52,50	56,90
Aserbaidshan	34,50	34,50	49,67	51,00	47,00	55,40
Kasachstan	42,00	42,50	44,17	36,17	41,00	41,63
Kirgistan	31,75	32,00	35,25	32,00	34,00	33,60
Tadschikistan	28,25	34,50	27,75	33,00	30,00	37,00
Usbekistan	45,00	61,50	52,13	66,50	71,00	74,88
China	97,00	91,25	92,33	83,00	94,00	89,00
Turkmenistan	91,50	82,83	99,83	93,50	98,50	103,75

### Corruption Perception Index

Erstellt von: Transparency International

Seit: 1995

Häufigkeit: jährlich

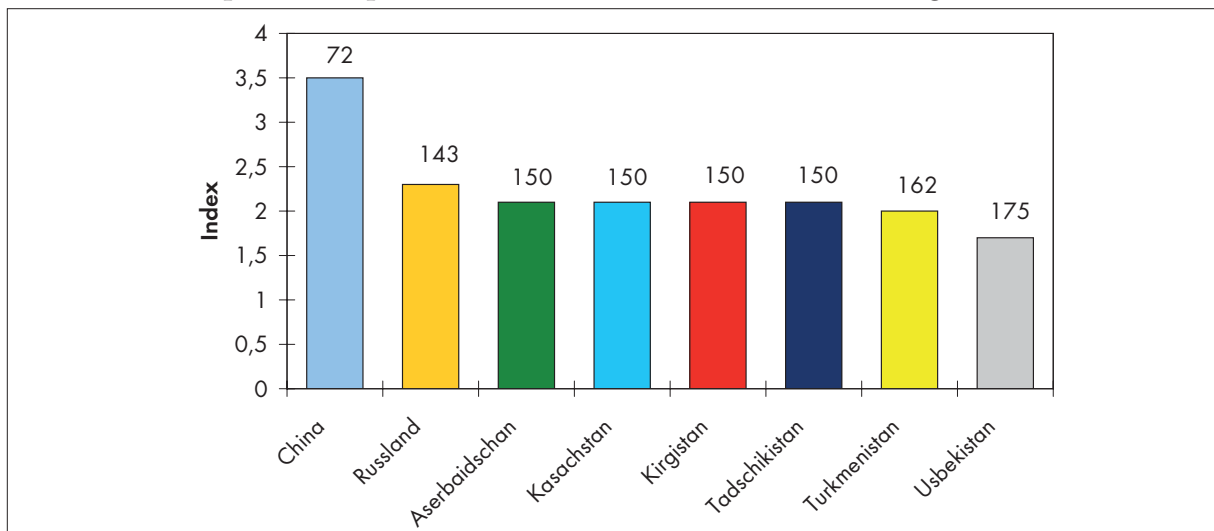
Erfasste Länder: 180

Internetadresse: <http://www.transparency.org>

#### Kurzbeschreibung:

Der Index ergibt sich durch Auswertung von verschiedenen (pro Land mindestens drei voneinander unabhängigen) Datenquellen zur Wahrnehmung von Korruption im jeweiligen Land durch befragte Geschäftsleute und Experten. Die Ergebnisse werden auf einer Skala von 0 (extrem korrupt) bis 10 (nicht korrupt) erfasst.

Grafik 22: Corruption Perception Index 2007: Indexwert und Platzierung



Grafik 23: Corruption Perception Index 1998–2007

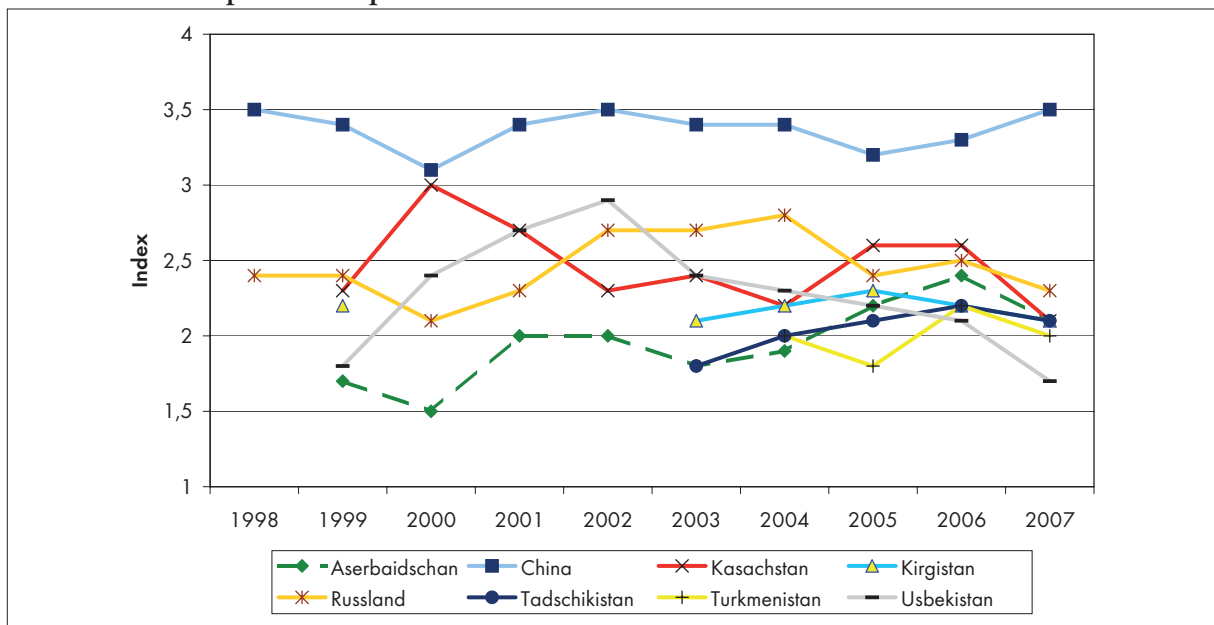


Tabelle 13: Corruption Perception Index 1998-2007

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Aserbaidschan	-	1,7	1,5	2,0	2,0	1,8	1,9	2,2	2,4	2,1
China	3,5	3,4	3,1	3,4	3,5	3,4	3,4	3,2	3,3	3,5
Kasachstan	-	2,3	3,0	2,7	2,3	2,4	2,2	2,6	2,6	2,1
Kirgistan	-	2,2	-	-	-	2,1	2,2	2,3	2,2	2,1
Russland	2,4	2,4	2,1	2,3	2,7	2,7	2,8	2,4	2,5	2,3
Tadschikistan	-	-	-	-	-	1,8	2,0	2,1	2,2	2,1
Turkmenistan	-	-	-	-	-	-	2,0	1,8	2,2	2,0
Usbekistan	-	1,8	2,4	2,7	2,9	2,4	2,3	2,2	2,1	1,7

## Worldwide Governance Indicators

Erstellt von: Weltbank

Seit: 1996

Häufigkeit: jährlich (bis 2002 alle zwei Jahre)

Erfasste Länder: 212 Länder und Territorien

Internetadresse: <http://info.worldbank.org/governance/wgi2007/>

### Kurzbeschreibung:

Die Indikatoren basieren auf der Auswertung von relevanten Umfragen unter Wirtschaftsvertretern, Bevölkerung und Experten. Für 2006 wurden 31 Erhebungen von 25 unterschiedlichen Organisationen benutzt. Die Indikatoren werden in 6 Kategorien gruppiert: Bürgerbeteiligung und Kontrolle, politische Stabilität, Regierungseffizienz, Qualität der Regulierung, Rechtsstaatlichkeit, Korruptionskontrolle. Der Index für jede Kategorie gibt den nach Zuverlässigkeit der Quelle gewichteten Durchschnittswert aller für die jeweilige Kategorie relevanten Datenquellen. Der Durchschnittswert wird als 0 gesetzt. Ein negativer Indexwert ist also unterdurchschnittlich, ein positiver Indexwert überdurchschnittlich. Die Indexwerte bewegen sich im Bereich von -2,5 bis + 2,5.

Tabelle 13: Worldwide Governance Indicators 2006

	Kasachstan	Kirgistan	Tadschikistan	Turkmenistan	Usbekistan	Aserbaidshan	China	Russland
Bürgerbeteiligung	-1,03	-0,70	-1,27	-2,00	-1,86	-1,14	-1,66	-0,87
Politische Stabilität	0,06	-1,20	-1,30	-0,27	-1,94	-1,07	-0,37	-0,74
Regierungseffizienz	-0,53	-0,86	-1,06	-1,45	-1,24	-0,70	-0,01	-0,43
Regulierung	-0,42	-0,57	-0,98	-2,12	-1,66	-0,44	-0,19	-0,45
Rechtsstaatlichkeit	-0,82	-1,18	-1,06	-1,44	-1,44	-0,86	-0,40	-0,91
Korruptionskontrolle	-0,92	-1,09	-0,91	-1,28	-1,02	-0,99	-0,53	-0,76
Durchschnitt	-0,61	-0,93	-1,09	-1,43	-1,53	-0,86	-0,53	-0,69

Grafik 24: Worldwide Governance Indicators: Politische Stabilität 1996–2006

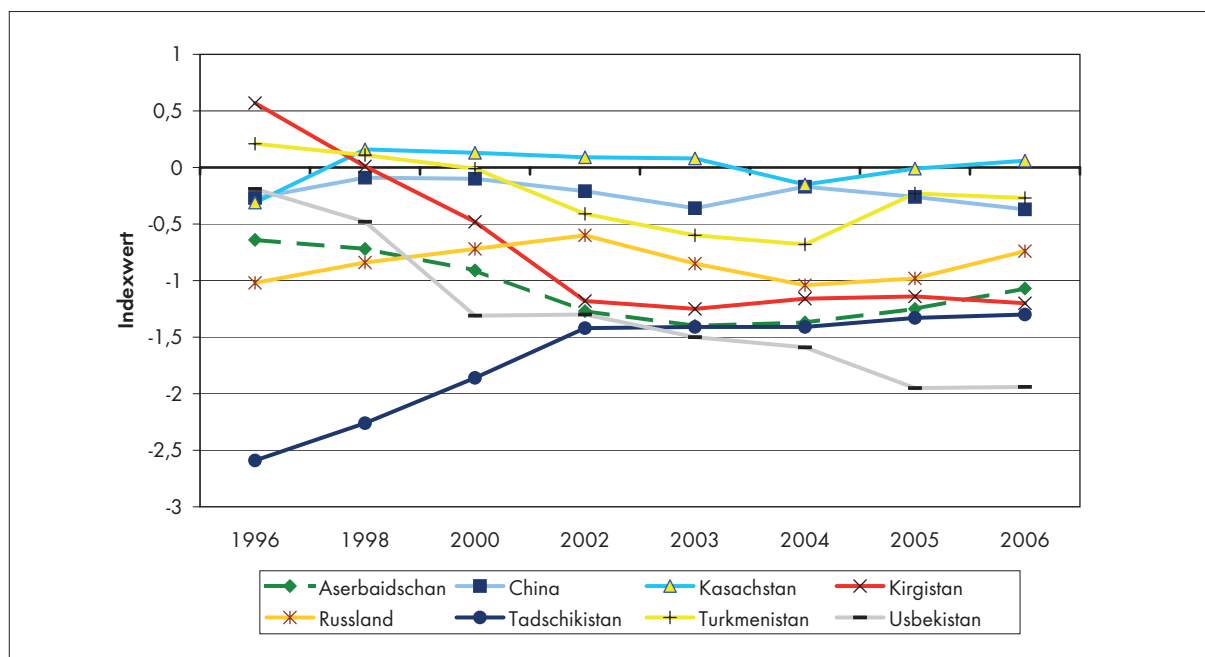


Tabelle 14: Worldwide Governance Indicators: Politische Stabilität 1996–2006

	1996	1998	2000	2002	2003	2004	2005	2006
Aserbaidshan	-0,64	-0,72	-0,91	-1,27	-1,40	-1,37	-1,25	-1,07
China	-0,27	-0,09	-0,10	-0,21	-0,36	-0,17	-0,26	-0,37
Kasachstan	-0,31	0,16	0,13	0,09	0,08	-0,15	-0,01	0,06
Kirgistan	0,57	0,01	-0,48	-1,18	-1,25	-1,16	-1,14	-1,20
Russland	-1,02	-0,84	-0,72	-0,60	-0,85	-1,04	-0,98	-0,74
Tadschikistan	-2,59	-2,26	-1,86	-1,42	-1,41	-1,41	-1,33	-1,30
Turkmenistan	0,21	0,11	-0,01	-0,41	-0,60	-0,68	-0,23	-0,27
Usbekistan	-0,19	-0,48	-1,31	-1,30	-1,50	-1,59	-1,95	-1,94

Grafik 25: Worldwide Governance Indicators: Regierungseffizienz 1996–2006

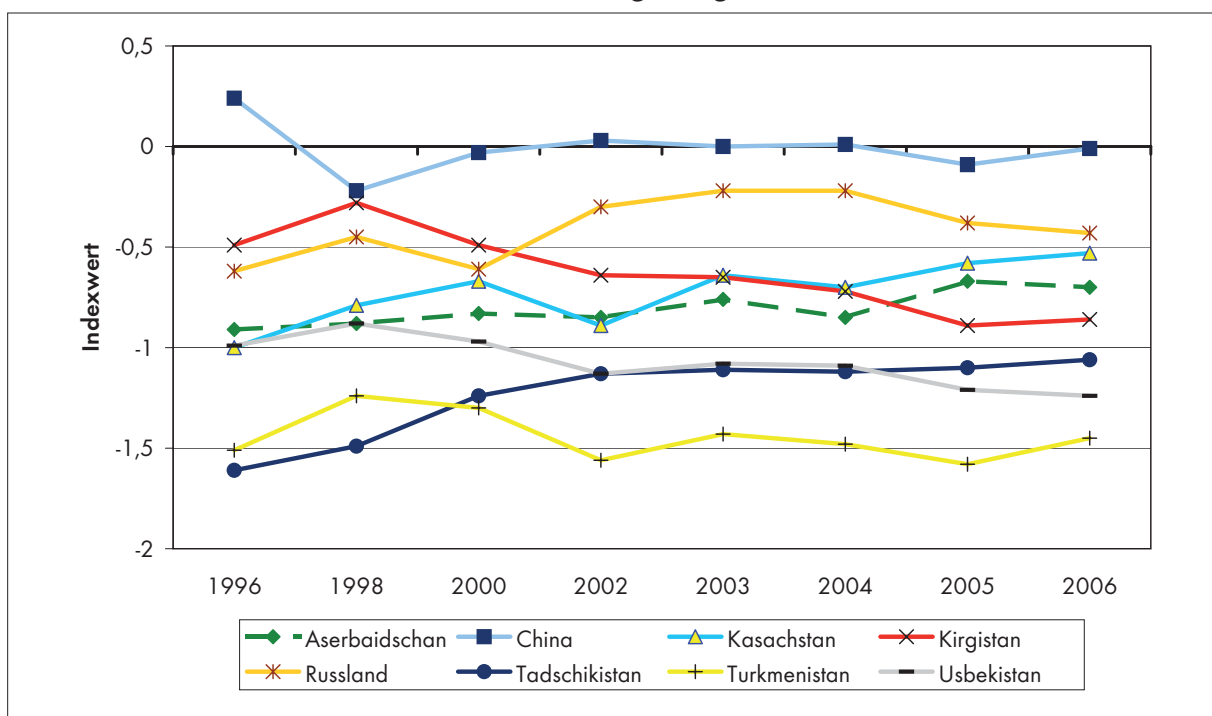


Tabelle 15: Worldwide Governance Indicators: Regierungseffizienz 1996–2006

	1996	1998	2000	2002	2003	2004	2005	2006
Aserbaidshan	-0,91	-0,88	-0,83	-0,85	-0,76	-0,85	-0,67	-0,70
China	0,24	-0,22	-0,03	0,03	0,00	0,01	-0,09	-0,01
Kasachstan	-1,00	-0,79	-0,67	-0,89	-0,64	-0,70	-0,58	-0,53
Kirgistan	-0,49	-0,28	-0,49	-0,64	-0,65	-0,72	-0,89	-0,86
Russland	-0,62	-0,45	-0,61	-0,30	-0,22	-0,22	-0,38	-0,43
Tadschikistan	-1,61	-1,49	-1,24	-1,13	-1,11	-1,12	-1,10	-1,06
Turkmenistan	-1,51	-1,24	-1,30	-1,56	-1,43	-1,48	-1,58	-1,45
Usbekistan	-0,99	-0,88	-0,97	-1,13	-1,08	-1,09	-1,21	-1,24

Grafik 26: Worldwide Governance Indicators: Rechtsstaatlichkeit 1996–2006

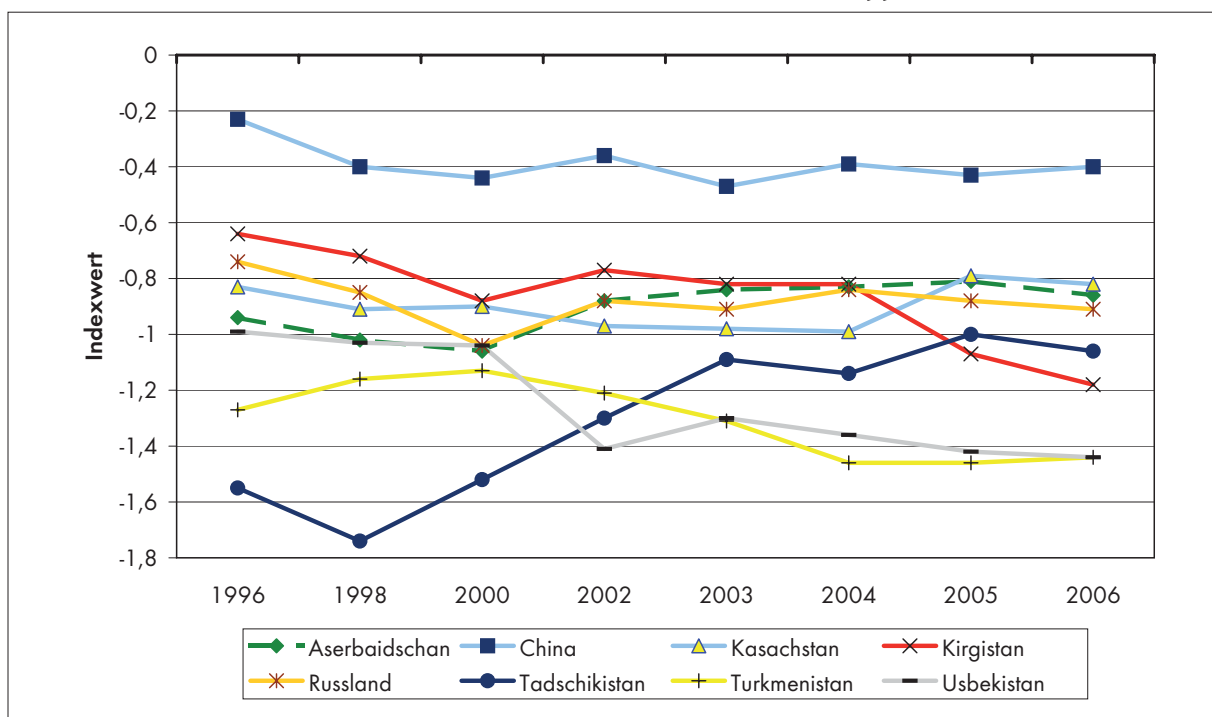


Tabelle 16: Worldwide Governance Indicators: Rechtsstaatlichkeit 1996–2006

	1996	1998	2000	2002	2003	2004	2005	2006
Aserbaidshan	-0,94	-1,02	-1,06	-0,88	-0,84	-0,83	-0,81	-0,86
China	-0,23	-0,40	-0,44	-0,36	-0,47	-0,39	-0,43	-0,40
Kasachstan	-0,83	-0,91	-0,90	-0,97	-0,98	-0,99	-0,79	-0,82
Kirgistan	-0,64	-0,72	-0,88	-0,77	-0,82	-0,82	-1,07	-1,18
Russland	-0,74	-0,85	-1,04	-0,88	-0,91	-0,84	-0,88	-0,91
Tadschikistan	-1,55	-1,74	-1,52	-1,30	-1,09	-1,14	-1,00	-1,06
Turkmenistan	-1,27	-1,16	-1,13	-1,21	-1,31	-1,46	-1,46	-1,44
Usbekistan	-0,99	-1,03	-1,04	-1,41	-1,30	-1,36	-1,42	-1,44

Grafik 27: Worldwide Governance Indicators: Korruptionskontrolle 1996–2006

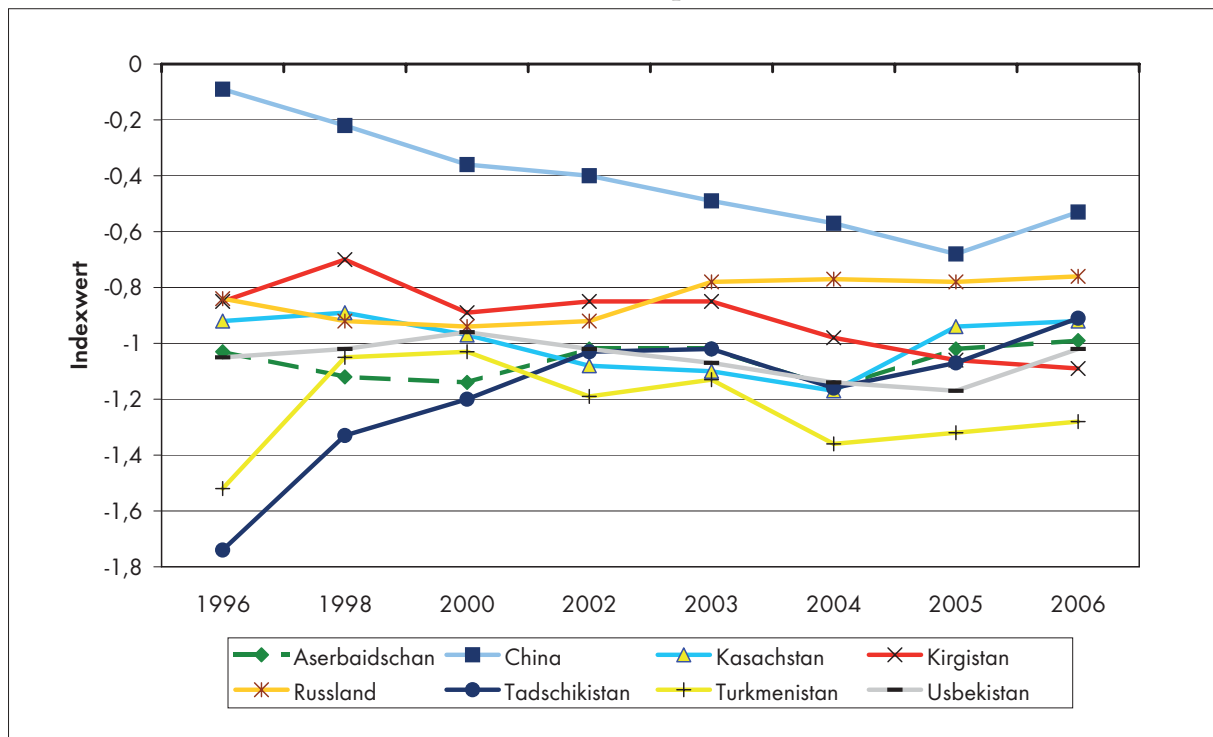


Tabelle 17: Worldwide Governance Indicators: Korruptionskontrolle 1996–2006

	1996	1998	2000	2002	2003	2004	2005	2006
Aserbaidtschan	-1,03	-1,12	-1,14	-1,02	-1,02	-1,16	-1,02	-0,99
China	-0,09	-0,22	-0,36	-0,40	-0,49	-0,57	-0,68	-0,53
Kasachstan	-0,92	-0,89	-0,97	-1,08	-1,10	-1,17	-0,94	-0,92
Kirgistan	-0,85	-0,70	-0,89	-0,85	-0,85	-0,98	-1,06	-1,09
Russland	-0,84	-0,92	-0,94	-0,92	-0,78	-0,77	-0,78	-0,76
Tadschikistan	-1,74	-1,33	-1,20	-1,03	-1,02	-1,16	-1,07	-0,91
Turkmenistan	-1,52	-1,05	-1,03	-1,19	-1,13	-1,36	-1,32	-1,28
Usbekistan	-1,05	-1,02	-0,96	-1,02	-1,07	-1,14	-1,17	-1,02

Zusammengestellt von Stefan Langkabel.

**Chronik**
**Vom 20. März bis 25. April 2008**
**Kasachstan**

21.3.2008	Die staatliche Beteiligungsgesellschaft Samruk gibt bekannt, dass sie durch Erwerb der noch nicht im Staatsbesitz befindlichen Aktien einen Anteil von 49,99 % an der Chabar-Mediengruppe erreicht hat. Über die übrigen 50,01 % verfügt der Staat bereits.
25.3.2008	Bei einer gemeinsamen kasachisch-russischen (Polizei-)Aktion gegen einen Waffenhandelsring im Gebiet West-Kasachstan wurde ein Waffenproduktions-, Schmuggel- und Handelszentrum ausgehoben und mehrere Personen verhaftet.
26.3.2008	Nach Angaben des Innenministeriums wurden die Ermittlungen im Falle des Waffenhandelsringes auf einen großen mit dem Staat verbundenen Waffenproduzenten ausgedehnt.
26.3.2008	Ein Militärgericht in Astana verurteilt Rachat Alijew, den früheren Schwiegersohn Präsident Nasarbajews, in Abwesenheit zu einer weiteren 20-jährigen Gefängnisstrafe wegen einer Verschwörung zum Sturz der Regierung und wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung.
26.3.2008	Verteidigungsminister Danijal Achmetow trifft in Astana mit dem Generalsekretär der Organisation des Kollektiven Sicherheitspaktes (CSTO) Nikolai Bordjuschka zu Gesprächen über die Sicherheitszusammenarbeit zusammen.
27.3.2008	Ein Mitarbeiter des Innenministeriums beklagt die schlechten Ergebnisse im Kampf gegen die steigende Drogenflut aus Afghanistan.
31.3.2008	Der Sonderbevollmächtigte der EU für Zentralasien, Pierre Morel, trifft mit Staatssekretär Kanat Saudabajew zu Gesprächen über den Ausbau der Beziehungen zwischen der EU und Kasachstan zusammen.
31.3.2008	Auf das Büro der unabhängigen Zeitung »Tasschargan« werden in der Nacht Schüsse abgegeben. Die Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen.
2.4.2008	Die kasachische Fluggesellschaft SKAT nimmt den Flugbetrieb auf der Route Schymkent – Urumtschi (China) auf.
3.4.2008	Ein Sprecher der Generalstaatsanwaltschaft teilt die Verhaftung des Chefs der staatlichen Eisenbahngesellschaft Dschaksibek Kulelejew mit. Ihm wird die Annahme von Bestechungsgeldern in Höhe von 100.000 US-Dollar vorgeworfen.
4.4.2008	Präsident Nasarbajew ernennt den bisherigen Bürgermeister von Astana, Askar Mamin, zum Chef der Eisenbahngesellschaft. Imangeli Tasmagambetow, bisher Bürgermeister von Almaty, wird sein Nachfolger in Astana.
7.4.2008	Ombudsmann Askar Schakirov empfängt in Astana eine Delegation des UNHCR zu Gesprächen über den Ausbau der Zusammenarbeit beim Schutz von Flüchtlingen.
7.4.2008	Die Stiftung »Transparency Kazakhstan« eröffnet in Almaty ein neues Anti-Korruptionszentrum.
8.4.2008	Industrie- und Handelsminister Wladimir Schkolnik gibt Pläne für eine Abgabe von ungefähr 110 US-Dollar pro Tonne exportiertes Rohöl bekannt. Der neue Zoll soll dem Staat bis Jahresende 1 Milliarde US-Dollar einbringen.
9.4.2008	Robert Simmons, Sonderbevollmächtigter der NATO für Kaukasus und Zentralasien, lobt auf einer Pressekonferenz in Astana die Zusammenarbeit mit Kasachstan, insbesondere die erfolgreiche Implementierung der 1. Stufe des Individual Partnership Action Plans (IPAP).
9.4.2008	Premierminister Karim Massimow kommt in Peking mit seinem Amtskollegen Wen Jiabao zu Gesprächen über die Ausweitung des gemeinsamen Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zusammen.
10.4.2008	Ein Sprecher der Generalstaatsanwaltschaft teilt mit, dass es in Kasachstan 1870 nichttraditionelle religiöse Organisationen und Sekten mit mehr als 40.000 Mitgliedern gibt, ihre Tätigkeit wird als Bedrohung der nationalen Sicherheit und Stabilität eingeschätzt.
10.4.2008	Präsident Nursultan Nasarbajew unterzeichnet ein Dekret zur Ratifizierung eines bilateralen Abkommen über die gemeinsame Kontrolle der kasachisch-kirgisischen Grenze. Das Übereinkommen war bereits im Juli 2006 erzielt worden, wegen Bedenken auf beiden Seiten aber nicht ratifiziert worden.
11.4.2008	Die Führungsspitze der regierenden Partei »Nur Otan« berät über die Notwendigkeit eines verstärkten Kampfes gegen die Korruption, die inzwischen für die Bevölkerung zur Normalität geworden sei.
14.4.2008	Präsident Nasarbajew diskutiert in Astana mit David O'Reilly, dem Vorstandsvorsitzenden von Chevron, Pläne, die Ausbeutung des Tengis-Ölfeldes auszuweiten.
15.4.2008	Die Regierung verhängt ein Ausfuhrverbot für Weizen um die Nahrungsmittelversorgung sicherzustellen.

15.4.2008	Der Minister für Wirtschaft und Etatplanung Bachit Sultanow teilt mit, dass das kasachische BIP im ersten Vierteljahr 2008 um 5,3 % gestiegen sei, die Inflation sei etwas geringer als im Jahr zuvor. Die Realeinkommen seien um 2,8 % gestiegen, die Arbeitslosigkeit leicht auf 6,9 % gesunken.
17.4.2008	Verteidigungsminister Achmetow und sein slowakischer Amtskollege Jaroslav Baska unterzeichnen in Astana ein bilaterales Abkommen über militärische und technische Zusammenarbeit insbesondere im Bereich der Ausbildung und der Modernisierung der Luftwaffe.
16.4.2008	Beim 7. jährlichen Treffen der kasachisch-kirgisischen zwischenstaatlichen Wirtschafts- und Handelskommission werden Fragen des Ausbaus der wirtschaftlichen wie der technischen und kulturellen Zusammenarbeit erörtert.
18.4.2008	Ein Distriktgericht in Almaty hebt die Verurteilung des Journalisten Kasis Togusbajew wegen Verletzung der öffentlichen Ordnung u.a. auf.
18.4.2008	Die Polizei nimmt im Gebiet West-Kasachstan neun Männer wegen des Verdachts der Zugehörigkeit zur als terroristische Vereinigung verbotenen islamistischen Gruppe Jamaat Takfir fest.
18.4.2008	Das Justizministerium registriert die Partei »Asat«. Diese war aus der ehemaligen Partei »Nagy Ak Schol« hervorgegangen, die sich im März einen neuen Namen und ein neues Programm gegeben hatte.
18.4.2008	Notstandsminister Wladimir Bodscho teilt auf einer Pressekonferenz in Almaty mit, dass die Regierung über genügend Rücklagen zur Abfederung der erwarteten Preissteigerungen im Lebensmittelsektor verfügt, macht aber keine Angaben über die Höhe der Lebensmittelreserven.
21.4.2008	Präsident Nasarbajew lobt die Antikorruptionsmaßnahmen bei den Zollbehörden und fordert die Universitätsleitungen zu einer Verstärkung des Kampfes gegen die Korruption auf.
21.4.2008	Umweltminister Nurlan Iskakow verspricht vor dem Parlament verbesserte Schutzmaßnahmen gegen Umweltschäden im Energiesektor innerhalb der nächsten 2–3 Jahre und kritisiert ausländische Energiefirmen.
23.4.2008	Die Polizei bestätigt, dass sie am 20.4. einen usbekischen Staatsbürger festgenommen hat, der in seinem Heimatland im Zusammenhang mit den Unruhen in Andischan im Mai 2005 gesucht wurde. Die Behörden waren auf ihn aufmerksam geworden, nachdem er beim örtlichen UN-Vertreter um politisches Asyl ersucht hatte.
24.4.2008	In einer Rede bei der Eröffnung des 7. Media Forums in Almaty ruft Präsident Nasarbajew zu mehr Anstrengungen bei der Stärkung der regionalen und globalen Sicherheit auf und kritisiert außerdem, dass die Atommächte keine Maßnahmen zum Abbau ihrer Atomwaffen ergreifen.

## Kirgistan

20.3.2008	Ein Sprecher des Innenministeriums teilt mit, dass im Falle des bekannten ermordeten Journalisten Jurij Alexandrow und seiner Frau zwei Verdächtige verhaftet wurden. Die Taten sollen keinen politischen Hintergrund haben.
25.3.2008	Verteidigungsminister Ismail Isakow beurteilt auf einer Pressekonferenz in Bischkek den Stand der Verteidigungsreform von 2005 positiv. Die Ziele für die Zeit bis 2008 seien erreicht.
25.3.2008	Der Führer der oppositionellen Partei »Ar Namys«, Felix Kulow, warnt auf einer Pressekonferenz in Bischkek vor einer kritischen Situation wegen der Wirtschaftskrise, vor allem im Süden, und beklagt fehlende Gegenmaßnahmen der Regierung.
26.3.2008	Nach Angaben von Verteidigungsminister Isakow umfasst die kirgisische Peace-Keeping-Einheit 80 Mann, außerdem sind 8 Offiziere der kirgisischen Streitkräfte in UN-Friedenseinsätze involviert.
27.3.2008	Mehrere Parlamentsabgeordnete schlagen vor, bis 2010 die Hauptstadt von Bischkek in das südliche Osch zu verlegen, um den Niedergang des Südens abzuwenden.
28.3.2008	Präsident Kurmanbek Bakijew kehrt von einem einmonatigen privaten (gesundheitlich bedingten) Deutschlandaufenthalt zurück.
31.3.2008	Auf einer Sitzung des Kabinetts kritisiert Bakijew die Minister wegen schlechter Leistungen und Mängeln bei der Implementierung der Wirtschaftsreformen. Er äußert sich verärgert über mangelnde Disziplin und Inaktivität.
1.4.2008	Notstandsminister Kamtschibek Taschijew gibt bekannt, dass der Umzug seines Ministeriums nach Osch planmäßig abgewickelt wurde. Der Minister und drei seiner Stellvertreter gehen mit 65 Mitarbeitern nach Osch, ein stellvertretender Minister und 45 weitere Mitarbeiter bleiben in Bischkek.
2.4.2008	Premierminister Igor Tschudinow warnt vor bevorstehenden, unausweichlichen Preissteigerungen für Mehl und Getreide.
3.4.2008	Präsident Bakijew teilt mit, dass er Pläne zur Umstellung des Kirgisischen von kyrillischer in lateinische Schrift abgelehnt hat, u.a. wegen der geschätzten Kosten von 140 Mio. US-Dollar.
5.4.2008	Eine Demonstration gegen Diktatur und Tyrannei vor einem Regierungsgebäude wird von der Polizei aufgelöst, der bekannte Menschenrechtsaktivist Maxim Kuleschow festgenommen
7.4.2008	Präsident Bakijew kritisiert Premierminister Tschudinow wegen mangelnder Kontrolle seiner Minister scharf. Diese hatten bei internationalen Auftritten vom offiziellen Standpunkt abweichende Meinungen geäußert.



8.4.2008	Alik Orosow gibt die Bildung eines neuen Oppositionsblocks mit dem Namen »Demokratisch Vereinigte Union« bekannt.
10.4.2008	Die Polizei in Bischkek nimmt ca. 50 junge Aktivisten von Oppositionsparteien fest, die gegen die von der Regierung beschlossene Übergabe von drei Landstücken (im Grenzgebiet) an Kasachstan protestiert hatten.
11.4.2008	Das Parlament beschließt die Bildung einer neuen Kommission zur Untersuchung aller Grenzabkommen.
11.4.2008	Durch einen Präsidentenerlass werden die Befugnisse der Finanzpolizei und weiterer mit dem Kampf gegen Wirtschaftsverbrechen befasster Institutionen ausgeweitet.
12.4.2008	Ungefähr 2000 Anhänger der Opposition demonstrieren in Bischkek für die Auflösung des Parlamentes, einen Stopp der Privatisierung im Energiesektor, das Ende der Beschränkungen der Pressefreiheit u.v.a.
14.4.2008	Der stellvertretende Energie- und Industrieminister Akilbek Tjumenbajew kündigt für die nächsten 6 Monate weitere Stromrationierungen für Privathaushalte sowie Bars und Restaurants während der Nachtstunden an.
14.4.2008	Premierminister Tschudinow spricht sich vor dem Diplomatischen Corps in Bischkek für eine stärkere Zusammenarbeit und Koordination bei der Nutzung der regionalen Wasserressourcen aus.
14.4.2008	Kirgisische Spezialeinheiten gehen im Dorf Tamgam, Gebiet Issyk Kul, gegen Einwohner vor, die gegen ihre Zwangsumsiedlung von einem Militärgelände protestieren.
15.4.2008	Die Zentrale Wahlkommission lehnt in einer offiziellen Stellungnahme die Anfechtung der Oppositionspartei »Ar-Namys« ab, die die Autoritäten verschiedener Verletzungen der Wahlgesetze beschuldigt.
15.4.2008	In einem Bericht für das Parlamentskomitee für Brennstoff- und Energiefragen sagt Energieminister Saparbek Balkibekow, dass Budgetzwänge die Finanzierung von alternativen Energieprojekten verhindern, obwohl der Regierung die Bedeutung alternativer Energien bewusst sei.
16.4.2008	Beim 7. jährlichen Treffen der kasachisch-kirgisischen zwischenstaatlichen Wirtschafts- und Handelskommission werden Fragen des Ausbaus der wirtschaftlichen, wie der technischen und kulturellen Zusammenarbeit erörtert.
17.4.2008	Während eines zweitägigen Staatsbesuches in Astana nimmt Präsident Bakijew am Treffen der zwischenstaatlichen Wirtschaftskommission teil und diskutiert mit seinem kasachischen Amtskollegen Nasarbajew Fragen der Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Handel, Arbeitsmigration und Energie. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz kündigen beide für 2009 ein internationales Forum über die Schaffung einer Union der zentralasiatischen Staaten an.
17.4.2008	Der Direktor eines Institutes für erneuerbare Energien in Bischkek erklärt vor einem Parlamentsausschuss, dass Kirgistan in der Region das zweithöchste Sonnenenergiepotential hat und erneuerbare Energien ca. 51 % des kirgisischen Energiebedarfs decken könnten. Zur Zeit hat die Solarenergie nur einen Anteil von 1 % an der Energieversorgung.
17.4.2008	Das Parlament stimmt für ein neues Gesetz zum Schutz der Rechte der Bürger auf Information.
18.4.2008	Präsident Bakijew teilt mit, dass Kirgistan von dem kasachischen Weizenexport-Stopp ausgenommen wird.
18.4.2008	Das Parlament nimmt ein umstrittenes Gesetz an, das die Oberaufsicht über die Privatisierung von Staatsvermögen vom Parlament auf die Regierung überträgt.
18.4.2008	Experten der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), die Minen und Lager in Kirgistan auf radioaktiven Müll überprüfen wollen, treffen mit Notstandsminister Turatbek Dschunusalijew zusammen.
19.4.2008	Unerwartet tritt der langjährige Vorsitzende der oppositionellen Partei »Asaba«, Asimbek Beknasarow zurück. Nachfolger wird Sowjetbek Dschamaldinow.
20.4.2008	Kirgisische Polizisten erschießen einen russischen Soldaten, als sein Auto an einer Kontrollstation nicht anhält. Die Darstellungen der russischen und kirgisischen Seite sind widersprüchlich, eine Untersuchung ist eingeleitet.
24.4.2008	Die Vorsitzende vom »Moja Strana«, der ältesten Partei des Landes, gibt deren Auflösung bekannt, nachdem die Mitglieder in großer Zahl zur regierenden Partei »Ak-Schul Eldik« übergetreten waren.
24.4.2008	Das Parlament nimmt die lange verschleppte Nationale Energiestrategie ohne die Stimmen der Vertreter der oppositionellen kommunistischen und sozialdemokratischen Partei an. Diese hatten aus Protest gegen das ihnen verweigerte Rede- und Ergänzungsrecht den Saal verlassen.

### Tadschikistan

24.3.2008	Präsident Emomali Rachmon empfängt den iranischen Außenminister Manutschehr Mottaki. Rachmon bezeichnet Iran als einen der wichtigsten strategischen Partner seines Landes.
25.3.2008	Am Ende ihres Gipfeltreffens unterzeichnen die Außenminister von Tadschikistan, Afghanistan und Iran ein gemeinsames 12-Punkte-Communiqué über trilaterale Zusammenarbeit im Energie- und Transportsektor und mit dem Versprechen einer engeren wirtschaftlichen Kooperation.
27.3.2008	In Moskau unterzeichnen Außenminister Hamrochon Sarifi und sein russischer Amtskollege Sergej Lawrow ein neues bilaterales Kooperationsabkommen.

29.3.2008	In Duschanbe gibt die Polizei bekannt, dass bei einer gemeinsamen tadschikisch-russischen Polizeiaktion zwei Männer unter dem Verdacht festgenommen wurden, den bekannten russischen Fernsehjournalisten Iljas Schurpajew ausgeraubt und ermordet zu haben.
31.3.2008	Präsident Rachmon trifft in Duschanbe mit dem UN-Hochkommissar für Flüchtlingsfragen Antonio Manuel de Oliveira Guterres zusammen, um über Projekte zur Integration von Flüchtlingen aus Afghanistan zu beraten
31.3.2008	Das Justizministerium verweigert der Pro-Regierungspartei »Vahdat« auch im sechsten Anlauf die Registrierung wegen der Nichterfüllung rechtlicher Anforderungen.
31.3.2008	Der Chef der Zollbehörde unterzeichnet ein Abkommen, nach dem seine Behörde 230.000 US-Dollar an US-Hilfe zur Verstärkung der Grenzsicherheit erhält.
2.4.2008	Pamela Spratlen, Country Director für Zentralasien im Büro für Süd- und Zentralasiatische Angelegenheiten des U.S. State Departments bringt auf einer Pressekonferenz in Duschanbe das Interesse der USA an der Entwicklung breitgefächerter, enger Beziehungen zu Tadschikistan zum Ausdruck.
3.4.2008	Präsident Rachmon beruft ein Krisenkabinett zur Beratung von Maßnahmen gegen den starken Heuschreckenbefall während der vergangenen Tage.
8.4.2008	Bei einem offiziellen Besuch verspricht die EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner weitere Unterstützung für Tadschikistan.
11.4.2008	Präsident Rachmon und Außenminister Hamrochon Sarifi treffen in Duschanbe mit dem französischen Außenminister Bernard Kouchner zusammen, der Rachmon zur einer internationalen Afghanistan-Konferenz im Juni in Paris einlädt. Die neue französische Botschaft in Duschanbe wird feierlich eröffnet.
14.4.2008	Der Chef des Generalstabes der Streitkräfte, General Ramil Nodirow, trifft in Duschanbe den Generalsekretär der Organisation des Kollektiven Sicherheitspaktes (CSTO), Nikolai Bordjuscha, zu Gesprächen über die Verstärkung des tadschikischen Engagements in der CSTO.
14.4.2008	Präsident Rachmon diskutiert mit Staatsminister Gernot Erler Pläne zur Verbreiterung der bilateralen Kooperation. Erler betont die Einbettung des deutschen Engagements in die EU-Zentralasienstrategie und setzt die Prioritäten in der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, Bildungsreformen und Kooperation im Wasser- und Energiesektor.
15.4.2008	Die Stadtverwaltung von Duschanbe bestätigt, dass sie versucht, die jüdische Gemeinde der Stadt per Gerichtsverfahren zur Verlegung der Synagoge zu bewegen, die sich in der Nähe des geplanten Palastes der Nation befindet.
16.4.2008	Experten der Internationalen Atomenergiebehörde beenden ihre Inspektion von Projekten der Behörde in Tadschikistan.
17.4.2008	Der Chef der Zollbehörde, Gures Saripow, gibt bekannt, dass Tadschikistan in den kommenden Monaten ca. 700.000 t Weizen und Mehl als Schutz vor den erwarteten Preissteigerungen importieren will.
19.4.2008	Das UN-Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (OCHA) gibt eine Bitte an die Geberländer um 1,4 Mio. US-Dollar für Hilfe an Tadschikistan zum Schutz vor Überschwemmungen und Kampf gegen die Heuschreckenplage heraus.
22.4.2008	Nach Angaben des Justizministeriums wurden seit der Einführung der neuen, strengeren Registrierungsregeln für internationale und Nichtregierungsorganisationen keine neue Gruppen mehr zugelassen, weil die Zahl der Anträge stark gesunken ist.
23.4.2008	Der Chef der staatlichen Drogenkontrollagentur, Rustam Nasarow, nimmt das Angebot des Vorsitzenden des OSCE-Zentrums in Tadschikistan, Wladimir Prjachin, über technische Hilfe im Kampf gegen die Drogen an.

## Turkmenistan

20.3.2008	Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow unterzeichnet ein neues außenpolitisches Konzept für die Jahre 2008–2012, das ein stärkeres internationales Engagement vorsieht, u.a. eine enge Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und der UN.
24.3.2008	Während eines Staatsbesuchs in der Türkei trifft Präsident Berdymuchammedow mit dem türkischen Präsidenten Abdullah Gül und Premierminister Recep Tayyip Erdogan zusammen und unterzeichnet ein Abkommen über die Zusammenarbeit der Außenministerien beider Staaten.
3.4.2008	In einer Rede auf dem NATO-Gipfel in Bukarest betont Präsident Berdymuchammedow die sich vertiefenden Beziehungen seines Landes zur NATO, insbesondere in den Bereichen Zivilverteidigung, Kampf gegen den Terror, Grenzsicherung und Kampf gegen den Drogenhandel.
4.4.2008	Präsident Berdymuchammedow trifft während des NATO-Gipfels mit dem amerikanischen Präsidenten George Bush zu Gesprächen über die bilateralen Beziehungen, Zusammenarbeit im Energiesektor und den Kampf gegen den Terrorismus zusammen.
9.4.2008	EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner eröffnet in Aschchabad ein zweitägiges Gipfeltreffen zur Entwicklung einer Strategie einer neuen Partnerschaft der EU mit der Region.

14.4.2008	Präsident Berdymuchammedow ernennt Hojmyrat Geldymyradow zum 8. stellvertretenden Premierminister, zuständig für Banken und nationale Währungsfragen, Güvanchmyrat Goklenow wird neuer Chef der Zentralbank.
17.4.2008	Auf einer Energiekonferenz mit Schwerpunkt Turkmenistan in London erklärt der stellvertretende Premierminister Taschberdy Tagijew, dass einheimische Firmen das Exklusivrecht zur Ausbeutung von Land-based-Energieresourcen bekämen, ausländische Investoren seien auf die Off-shore-Vorkommen im turkmenischen Teil des Kaspischen Meeres beschränkt.
18.4.2008	Präsident Berdymuchammedow unterzeichnet ein Dekret zur Bildung einer Kommission, die den Entwurf für eine neue Verfassung ausarbeiten soll.
25.4.2008	Bei einem Treffen Präsident Berdymuchammedows mit dem iranischen stellvertretenden Erdölminister Seyyed Reza Kasaizadeh einigen sich beide Seiten über einen höheren iranischen Preis für die Lieferung von turkmenischem Erdgas.
23.4.2008	Präsident Berdymuchammedow ordnet die Rückkehr zu den traditionellen Bezeichnungen der Tage und Monate an, die von seinem Vorgänger umbenannt worden waren.

### Usbekistan

28.3.2008	Das Parlament ratifiziert die Mitgliedschaft Usbekistans in der Organisation des Kollektiven Sicherheitspaktes (CSTO), die das Land 1998 verlassen hatte. Präsident Karimow hatte sie im Dezember 2006 wieder in Kraft gesetzt, bislang fehlte aber aus unbekanntenen Gründen die Bestätigung durch das Parlament.
3.4.2008	In seiner Rede auf dem NATO-Gipfel in Bukarest begrüßt Präsident Karimow die Transformation der NATO in eine politische Struktur und sieht vielversprechende Bereiche für Zusammenarbeit.
4.4.2008	In seiner Abschlusserklärung auf dem NATO-Gipfel in Bukarest bietet Präsident Karimow der NATO Überflugrechte und Eisenbahntransitrechte über usbekisches Territorium für den Transport nichtmilitärischer Güter an. Außerdem bekundet er Usbekistans Bereitschaft, mit der NATO über eine Zusammenarbeit im Bereich Terrorismus- und Drogenbekämpfung sowie Proliferation von Massenvernichtungswaffen zu verhandeln.
5.4.2008	Das usbekische Justizministerium gibt bekannt, dass die Akkreditierung des Oberrabbiners der ultraorthodoxen Chabad Lubawitsch-Juden wegen Übertretung mehrerer Gesetze entzogen werden soll.
15.4.2008	Ein Gericht verurteilt Jusuf Dschuma, einen prominenten Dichter und Kritiker des Präsidenten, wegen Gewalttätigkeit und Beleidigung von Polizisten und Widerstand bei der Festnahme zu fünf und seinen Sohn zu drei Jahren Gefängnis.
22.4.2008	Während seines mehrtägigen Staatsbesuches in Kasachstan trifft Präsident Karimow mit seinem kasachischen Amtskollegen Nasarbajew zu Gesprächen über bilaterale Zusammenarbeit zusammen. Beide Staaten wollen ihre Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus und Drogenhandel intensivieren. Karimow bezeichnet Kasachstan als wichtigen Partner für Usbekistan, äußert sich aber kritisch über die von Präsident Nasarbajew vorgeschlagene Union der zentralasiatischen Staaten.

Die Zentralasien-Analysen werden gemeinsam von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und der Forschungsstelle Osteuropa herausgegeben. Die Herausgeber danken dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft für die Finanzierung der Zentralasien-Analysen und der GTZ für eine großzügige Unterstützung.

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder. Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Beate Eschment

Redaktionsassistent: Henryk Alff

Technische Redaktion: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

ISSN 1866-2110 © 2008 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen  
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14  
 e-mail: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien

## Lesehinweis

### Kostenlose E-Mail-Dienste unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

#### Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

#### Russlandanalysen

Die Russlandanalysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

#### *kultura.* Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten eine monatliche Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [Zentralasien-Analysen@dgo-online.org](mailto:Zentralasien-Analysen@dgo-online.org)

#### Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasi-schen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)